

GEMEINDE RÖSRATH
BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
TEIL B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Anl. I Kap. XIV Abschn. II Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 i.V.m. Art. 1 des Gesetzes vom 23.09.1990 (BGBl. II S. 885), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8 bis 12, 30, 33, 125 und 172 i.V.m. Art. 1 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466);
Maßnahmengesetz zum BauGB (BauGB-MaßnahmenG) vom 28.04.1993 (BGBl. I S. 622), zeitlich befristet vom 01.05.1993 bis 31.12.1997;
Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Anl. I Kap. XIV Abschn. II Nr. 2 des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 i.V.m. Art. 1 des Gesetzes vom 23.09.1990 (BGBl. II S. 885), insbesondere die §§ 1 bis 23. i.V.m. Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466);
Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), insbesondere die §§ 1 bis 3 sowie DIN 18003;
Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.05.1990 (BGBl. I S. 880), insbesondere der § 50, i.V. m. Art. 8 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466);
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 20.12.1976 (BGBl. I S. 3574) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.03.1987 (BGBl. I S. 889), zul. geändert durch Art. 5 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).
Bundesfernstraßengesetz (FStrG) vom 06.08.1953, i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.08.1990 (BGBl. I, S. 1714);
Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) vom 26.06.1984 (GV. NW. S. 419; ber. S.532), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GV. NW. S. 432)- SGV. NW. 232, zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung vom 24.11.1992 (GV NW S. 467)
Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen (LG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 26.06.1980 (GVBl. S. 734), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.04.1992 (GV NW S. 175);
Straßen- und Wegegesetz des Landes NRW (StrWG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.08.1983 (GV. NW. S. 306), geändert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GV. NW. S. 366, ber. S. 570)
Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande NRW (DSchG Denkmalschutzgesetz) vom 11.03.1980 (GV.NW. S. 226), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GV.NW. S. 366, ber. S. 570)

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1.1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§§ 1 - 21a BauNVO)

Die Art der baulichen Nutzung sowie die maximal zulässigen Werte für das Maß der baulichen Nutzung, also auch der Ausschluß von Betrieben einzelner Abstandsklassen, sind durch entsprechende Eintragung in die im Plan enthaltenen Nutzungsschablonen verbindlich festgesetzt.

1.1.1. Sondergebiet Handel (§ 11 BauNVO)

Die Festsetzungen der Zweckbestimmung und des Maßes der baulichen Nutzung erfolgen gemäß den Vorgaben des § 11 BauNVO.

- a) Das Sondergebiet Handel gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 2 bzw. 3 BauNVO dient vorwiegend der Unterbringung eines Baumarktes mit Gartencenter sowie der für diese beiden Einrichtungen erforderlichen Lager- und Büroflächen, Nebenanlagen und Stellplätze.

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl 0,8 und die maximale Firsthöhe auf 15,0 m über Geländeoberkante festgelegt.

- b) Im Sondergebiet Handel sind die in der Liste 1 der beigelegten Anlage 3 zu den textlichen Festsetzungen, (die Bestandteil der textlichen Festsetzungen ist) aufgeführten Warengruppen nicht zum Verkauf zulässig.

- c) Der Baumarkt mit Gartencenter darf die Warengruppen aus den beigelegten Sortimentslisten (Hauptsortimente, Nebensortimente), die als Anlage Bestandteile der textlichen Festsetzungen sind, anbieten. Die Verkaufsflächen dürfen für

den Baumarkt incl. Gartencenter 5.000 m², davon 1.500 m² nur als Baustofflager zulässig, nicht überschreiten.

- d) Darüber hinaus zulässig sind: Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie Betriebsinhaber und -leiter, die dem Betrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind.

- e) Zulässig sind Stellplatzflächen in dem gemäß § 47 BauO NW bzw. Verwaltungsvorschrift zum § 47 BauO NW erforderlichen Umfang:

Stellplätze für Kunden

(1 St./20 m² Verkaufsfläche, davon 10 % für das Personal)

den Wohnungen nach Punkt d) zugeordnete Stellplätze (1,5 Stellpl. je Wohneinheit)

Die Stellplatzflächen für PKW im Sondergebiet werden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:

Stellplatzflächen für PKW sind je 5 Stellplätze mit einem hochstämmigen Baum aus Baumschulware in einer der unter Nr. 1 der Anlage 2 (Pflanzliste) zu den textlichen Festsetzungen aufgeführten Arten zu begrünen, so daß ein geschlossenes Kronendach entsteht.

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"

Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- f) Die nicht überbauten, unversiegelten Flächen im Sondergebiet Handel werden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB als Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:
Die gemäß der zulässigen Grundflächenzahl nicht überbaubaren, unversiegelten Flächen (mindestens 20 % gemäß der festgesetzten GRZ von 0,8) des Sondergebietes Handel sind mit bodenständigen, standortgerechten Bäumen und Sträuchern gärtnerisch zu gestalten. Je 100 m² Fläche soll dabei mindestens 1 hochstämmiger Baum aus Baumschulware gepflanzt werden. Die zulässigen Baum- und Gehölzarten sind der Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen unter Nr. 1 zu entnehmen.
- g) Die Dachflächen werden ab einer bestimmten Größe als Flächen zum Anpflanzen von sonstigen Bepflanzungen (Dachbegrünung) i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:
Dachflächen der in Massivbauweise errichteten Gebäude oder Gebäudeteile ab einer Größe von 1.000 m² sind von der Statik her für eine Begrünung vorzusehen und, mit Ausnahme der erforderlichen Dachaufbauten und verglasten Flächen, entsprechend der unter Nr. 3 der Anlage 2 (Pflanzliste) zu den textlichen Festsetzungen aufgeführten Artenliste zu bepflanzen.
Die Bepflanzung ist langfristig zu erhalten und bei Abgang einzelner Pflanzen entsprechend zu ergänzen.
- h) Das Sondergebiet Handel wird zugleich als Fläche zum Anpflanzen von sonstigen Bepflanzungen (Fassadenbegrünung) i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:
Die im Sondergebiet Handel errichteten Gebäude ab 500 m² Grundfläche sind zu mindestens 35 % der geschlossenen Fassadenfläche (ohne Anrechnung der Fenster- und Türöffnungen sowie der verglasten Fassadenflächen) mit standortgerechten Kletterpflanzen zu begrünen. Es soll eine Auswahl der unter Nr. 2 der Pflanzliste (Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen) aufgeführten Pflanzenarten verwendet werden.
- i) Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 und Abs. 2 sind innerhalb der überbaubaren Fläche des Sondergebietes allgemein zulässig. Zulässig ist ebenfalls die Errichtung von Masten für die das Gebiet querende 110/380 kV-Hochspannungsleitung in Abstimmung mit dem Leitungsträger.
- j) Innerhalb des Sondergebietes Handel wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB eine durch Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belastete Fläche festgesetzt. Das Recht ist durch einen privatrechtlichen Vertrag und die Eintragung einer Baulast entsprechend zu sichern und dient der Sicherung des Kläranlagen-Auslasses.

Die Bestimmungen der BauO NW gelten übergreifend.

Innerhalb des Sondergebietes Handel sind die in den jeweiligen Flächen eingetragenen maximal zulässigen flächenbezogenen Schalleistungspegel als Ergänzung zur Festsetzung der Nutzungsarten verbindlich festgesetzt. Die zulässigen Betriebe müssen diese Anforderung erfüllen.

1.1.2. Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO)

- a) Innerhalb der im Bebauungsplan ausgewiesenen Gewerbegebiete werden die in den Nutzungsschablonen enthaltenen Aussagen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung verbindlich festgesetzt. Das Gewerbegebiet wird aufgrund seiner Nähe zur Wohnbebauung in Anwendung des § 1 Abs. 4 Nr. 1 bzw. 2 BauNVO in Bereiche mit unterschiedlichem Ausnutzungsgrad gegliedert.

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die Abstandsliste zum Abstandserlaß Nordrhein-Westfalen 1990 - auf die sich die in der Nutzungsschablone enthaltenen Aussagen beziehen - ist als Anlage 1 Bestandteil der textlichen Festsetzungen.

GE¹ / Ausschl. Kl. I - VII bedeutet: die Entfernung zur angrenzenden Wohnbebauung beträgt weniger als 100 m. Es sind im Sinne des "eingeschränkten Gewerbegebietes" nur "das Wohnen nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe", d.h. Betriebe, die ein im Mischgebiet zulässiges Emissionsverhalten aufweisen, zulässig. Betriebe, die in der Abstandsliste NW 1990 aufgeführt sind, sind unzulässig.

GE² / Ausschl. Kl. I - VI bedeutet: die Entfernung zur angrenzenden Wohnbebauung beträgt weniger als 200 m; Betriebe, die in den Abstandsklassen I - VI des Abstandserlasses Nordrhein-Westfalen 1990 aufgeführt sind sowie vergleichbare Emittenden sind nicht zulässig. Betriebe der Abstandsklasse VII und vergleichbare Emittenden sind zulässig.

GE³ / Ausschl. Kl. I - V bedeutet: die Entfernung zur angrenzenden Wohnbebauung beträgt weniger als 300 m; Betriebe, die in den Abstandsklassen I - V des Abstandserlasses Nordrhein-Westfalen 1990 aufgeführt sind sowie vergleichbare Emittenden sind nicht zulässig. Betriebe der Abstandsklassen VI und VII sowie vergleichbare Emittenden sind zulässig.

Innerhalb der im Bebauungsplan ausgewiesenen Gewerbegebiete werden die in den jeweiligen Flächen eingetragenen maximal zulässigen flächenbezogenen Schalleistungspegel als Ergänzung zur Gliederung der Gebiete gemäß Abstandserlaß verbindlich festgesetzt. Betriebe und Anlagen in den betreffenden Gebietsteilen müssen beide Anforderungen erfüllen.

- b) Einzelhandelsbetriebe und sonstige Gewerbebetriebe mit Verkaufsflächen für den Verkauf an letzte Verbraucher sind nicht zulässig, wenn das angebotene Sortiment ganz oder teilweise den Waren (WB)* der nachstehenden Liste zuzuordnen ist:

(WB* = Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden)

- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (WB 00-13)
- Wasch- und Putzmittel, Hygieneartikel, Körperpflegemittel (WB 15-18)
- Textilien, Bekleidung, Pelzwaren, Schuhe, Leder- und Galanteriewaren (WB 19-36)
- Rundfunk, Fernsehen und phonotechnische Geräte (WB 37)
- Elektrotechnische Geräte für den Haushalt (WB 391, 392) einschließlich Wohnraumleuchten (WB 3930, 3932, 3937)
- Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren, Schmuck, Spielwaren, Musikinstrumente (WB 40-47)
- Antiquitäten, Holz-, Korb-, Kork-, Flecht-, Schnitz- und Formstoffwaren, Kinderwagen (WB 50,51)
- Papier, Papierwaren, Schreib- und Zeichenmaterial, Druckereierzeugnisse, Büroorganisationsmittel (WB 52-57)
- Camping- und Sportartikel, Handelswaren, Bastelsätze (WB 652, 653, 655-659)
- Tafel-, Küchen- u.ä. Haushaltsgeräte (WB 66)
- Heiz- und Kochgeräte, Kühl- und Gefriermöbel, Wasch- und Geschirrspülmaschinen für den Haushalt (WB 67)
- Mopeds, Mofas, Fahrräder (WB 7803-7809)
- Nähmaschinen (WB 819)
- Arzneimittel und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse (WB 87)

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"

Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Heim- und Kleintierfutter, zoologische Artikel, lebende Tiere (WB 96)
- Gebrauchtwaren dieser Liste

Eine Ergänzung des zulässigen Sortiments durch einzelne Warenklassen oder Warenarten der vorstehenden Liste ist ausnahmsweise unbedenklich, wenn der Antragsteller nachweist, daß von dem ergänzten Sortiment keine schädlichen Auswirkungen im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO ausgehen.

Generell zulässig sind - abweichend von der vorstehenden Regelung - Handwerksbetriebe mit Verkaufsflächen für den Verkauf an letzte Verbraucher, wenn das angebotene Sortiment aus eigener Herstellung stammt und der Betrieb aufgrund der von ihm ausgehenden Emissionen typischerweise nur in einem Gewerbe- oder Industriegebiet zulässig ist.

- c) Die Dachflächen werden ab einer bestimmten Größe als Flächen zum Anpflanzen von sonstigen Bepflanzungen (Dachbegrünung) i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:
Dachflächen der in Massivbauweise errichteten Gebäude oder Gebäudeteile ab einer Größe von 1.000 m² sind von der Statik her für eine Begrünung vorzusehen und, mit Ausnahme der erforderlichen Dachaufbauten und verglasten Flächen, entsprechend der unter Nr. 3 der Anlage 2 (Pflanzliste) zu den textlichen Festsetzungen aufgeführten Artenliste zu bepflanzen.
Die Bepflanzung ist langfristig zu erhalten und bei Abgang einzelner Pflanzen entsprechend zu ergänzen.
- d) Die Fassaden werden zugleich als Fläche zum Anpflanzen von sonstigen Bepflanzungen (Fassadenbegrünung) i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:
Die im Gewerbegebiet errichteten Gebäude von mehr als 500 m² Grundfläche sind zu mindestens 35 % der geschlossenen Fassadenfläche (ohne Anrechnung der Fenster- und Türöffnungen sowie der verglasten Fassadenflächen) mit standortgerechten Kletterpflanzen zu begrünen. Es soll eine Auswahl der unter Nr. 2 der Pflanzliste (Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen) aufgeführten Pflanzenarten verwendet werden.
- e) Dem südlich des Autobahnanschlusses gelegenen Wohnhaus im Gewerbegebiet wird auf der Grundlage des Art. 14 GG in Verbindung mit § 1 Abs. 10 BauNVO erweiterter Bestandsschutz gewährt. Instandsetzungsarbeiten sind allgemein zulässig, Nutzungsänderungen müssen der Zweckbestimmung des Gewerbegebietes entsprechen.

1.1.3. Mischgebiet (§ 6 BauNVO)

Im Mischgebiet werden die nach § 6 Abs. 2 Nr. 7 und 6 bzw. Abs. 3 allgemein zulässigen Tankstellen sowie Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a BauNVO in Anwendung des § 1 Abs. 5 bzw. 6 BauNVO ausgeschlossen.

1.1.4. Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen (§§ 12 u. 14 BauNVO)

Die erforderlichen Stellplätze für Anwohner, Bedienstete, Kunden und Besucher sind in der gemäß § 47 BauO NW und Verwaltungsvorschrift BauO NW zu § 47 ermittelten Anzahl auf dem privaten Grundstück herzustellen.

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Stellplätze, Garagen und untergeordnete Nebenanlagen mit einem Volumen von bis zu 30 m³ im Sinne der §§ 12 bzw. 14 BauNVO sind innerhalb der Gewerbegebiete und des Mischgebietes auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, jedoch nicht innerhalb der Anbauverbotszone entlang der Autobahn, zulässig.

1.1.5. Böschungen an öffentlichen Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)

Die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Böschungen von mehr als 1,0 m Höhe (Aufschüttungen und Abgrabungen) werden, sofern sie nicht im Zuständigkeitsbereich des Rheinischen Straßenbauamtes Gummersbach liegen und als Verkehrsfläche ohne nähere Definition ausgewiesen werden, nach § 9 Abs. 2 Nr. 26 BauGB im Bebauungsplan festgesetzt und sind von den Eigentümern bzw. Anliegern auf dem privaten Grundstück zu dulden und ggf. in die Grundstücksgestaltung miteinzubeziehen.

1.2. **Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**

1.2.1. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
 (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB)

Die nachfolgend festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind von den künftigen Grundstückseigentümern in den Gewerbegebieten als Ausgleich bzw. Ersatz für die durch die Realisierung der im Bebauungsplan festgesetzten Gewerbegebiete hervorgerufenen Eingriffe in Natur und Landschaft innerhalb von zwei Jahren nach Beginn des Eingriffes durchzuführen.

1.2.1.1. Schutzhecken

Auf den im Plan entsprechend festgesetzten und gekennzeichneten Flächen ist jeweils eine dichte Schutzhecke anzupflanzen und langfristig zu erhalten. Abgängige Gehölze sind zu ersetzen. Die zulässigen Baum- und Gehölzarten sind der Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen unter Nr. 1 zu entnehmen. Die notwendigen Grundstückszufahrten dürfen die Pflanzstreifen durchqueren.

1.2.1.2. Hecken entlang der Einfriedungen

Entlang der Einfriedungen wird ein Streifen als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgesetzt:
 Entlang der nicht an Straßenverkehrsflächen angrenzenden Grundstücksgrenzen ist auf einem Streifen von min. 2,0 m Breite eine durchgehende Zierstrauch- oder Schnitthecke (Pflanzenauswahl gemäß Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen unter Nr. 1) anzulegen und langfristig zu erhalten.

1.2.1.3. Stellplatzbegrünung

Die Flächen für Stellplätze in den Gewerbe- und Mischgebieten werden als Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB nach Maßgabe folgender Bestimmungen festgesetzt:

Sie sind je 5 Stellplätze mit einem bodenständigen, standortgerechten Laubbaum in einer der unter Nr. 1 in der beigegeführten Pflanzenliste aufgeführten Arten zu begrünen. Die Baumscheiben sind mit einer Auswahl aus den nachfolgend aufgeführten Pflanzen flächendeckend zu begrünen:

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

| | |
|------------------|-------------------------|
| Efeu | (Hedera helix) |
| Immergrün | (Vinca Minor) |
| Apfel-Rose | (Rosa rugosa) |
| Goldnessel | (Lamium galeobdolon) |
| Storchenschnabel | (Geranium macrorhizum). |

1.2.1.4. Fläche Nr. 1

Die nachfolgend festgesetzte Ausgleichsmaßnahme ist von der Gemeinde Rösrath bzw. dem von ihr beauftragten Entwicklungsträger als Ersatz für die durch die Realisierung der im Bebauungsplan festgesetzten Gewerbegebiete hervorgerufenen Eingriffe in Natur und Landschaft innerhalb von zwei Jahren nach Beginn des Eingriffes durchzuführen.

Innerhalb der durch 1 gekennzeichneten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB) ist eine unregelmäßige, im Durchschnitt 10 m breite (Mindestbreite jedoch 5 m), mehrschichtige Gehölzanpflanzung, die aus drei Einzelementen (Hecke) besteht, aus bodenständigen Bäumen (10 % 1. Ordnung, 20 % 2. Ordnung) und Sträuchern (70 %) der nachfolgenden Arten so anzupflanzen, daß sich im Norden und Westen ein im Durchschnitt 4 m breiter artenreicher Wildkrautsaum anschließt. Die Mindestlänge einer jeden Hecke und ihrer begleitenden Säume beträgt 50 m. Die übrigen Flächen sind einer ungestörten Entwicklung (natürliche Sukzession) zu überlassen. Die Gehölzpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.

Die unter Punkt 1.2.2.1. aufgeführten Gehölzarten sind in den entsprechenden Qualitäten in einem Abstand von 1 m x 1 m in gleichmäßiger Verteilung (bei Strauchpflanzung ist darauf zu achten, daß auf 2 qm mindestens 6 Pflanzen der selben Art zu pflanzen sind) zu pflanzen.

1.2.2. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
 (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB)

Die nachfolgend festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind von der Gemeinde Rösrath bzw. dem von ihr beauftragten Entwicklungsträger als Ersatz für die durch die Realisierung der im Bebauungsplan festgesetzten Gewerbegebiete hervorgerufenen Eingriffe in Natur und Landschaft innerhalb von zwei Jahren nach Beginn des Eingriffes durchzuführen.

1.2.2.1. Fläche Nr. 1

Innerhalb der Fläche sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten und bei Abgängigkeit durch bodenständige Bäume 1. Ordnung der nachfolgend genannten Arten zu ersetzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die innerhalb dieser Fläche liegenden Biotope (Schlankseggenried, Waldsimsenwiese und Silberweidennauwaldrest) sind dauerhaft zu erhalten. Die nördliche, östliche und südliche Begrenzung der Fläche ist auf einer Breite von 10 m zu 50 % mit bodenständigen Gehölzen (10 % Bäume 1. Ordnung, 20 % Bäume 2. Ordnung, 70 % Sträucher) der nachfolgend genannten Arten in Gehölzgruppen mit einer Mindestbreite von 5 m zu bepflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

Die Nutzung des stehenden Gewässers als Fischteich ist aufzugeben und das Gewässer ist naturnah zu gestalten. Die Uferbereiche sind auf einer Seite flach, auf einer anderen Seite steil und die Uferlinie unregelmäßig zu gestalten. Anpflanzung von 3 unregelmäßigen kleineren Gehölzgruppen von bodenständigen Gehölzen der nachfolgend genannten Arten entlang der Uferlinie in gleichmäßiger Verteilung mit mindestens 70 % Strauchanteil).

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"

Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die übrigen Bereiche sind zu extensivieren mit dem Entwicklungsziel einer extensiven feuchten Grünlandbrache.

Bäume 1. Ordnung (über 20 m): Heister, 100-150 cm, 1-2 x verpflanzt, ohne Ballen -

- *Acer pseudoplatanus*
- *Acer platanoides*
- *Fraxinus excelsior*
- *Quercus robur*
- *Tilia cordata*
- *Tilia platyphyllos*

Bäume 2. Ordnung (bis max. 20 m): Heister, 100-150 cm, 1-2 x verpflanzt, ohne Ballen

- *Acer campestre* (5 m - max. 15 m Endhöhe)
- *Carpinus betulus* (10-20 m Endhöhe)
- *Prunus avium* (15-20 m Endhöhe)
- *Sorbus aucuparia* (6-12 m Endhöhe)

Sträucher: Jungpflanzen (Forstware)

- *Corylus avellana*
- *Crataegus monogyna*
- *Lonicera xylosteum*
- *Salix alba*
- *Salix aurita*
- *Salix caprea*
- *Cornus sanguinea*
- *Euonymus europaea*
- *Rhamnus frangula*
- *Viburnum lantana*
- *Viburnum opulus*
- *Rosa canina*
- *Prunus spinosa*
- *Prunus padus*
- *Hippophae rhamnoides*

1.2.2.2. Fläche Nr. 2

Innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft Nr. 2 sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten und bei Abgängigkeit durch bodenständige Bäume 1. Ordnung der in Punkt 1.2.2.1. genannten Arten der textlichen Festsetzung zu ersetzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

Das Gewässer und sein 3,5 m breiter beidseitiger Uferstreifen ist nach den "Richtlinien für naturnahen Ausbau und Unterhaltung der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen" herzustellen.

1.2.2.3. Fläche Nr. 3

Innerhalb der durch 3 gekennzeichneten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten und bei Abgängigkeit durch bodenständige Bäume (70 % Sträucher) der unter Punkt 1.2.2.1. genannten Arten zu ersetzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Ostufer der Sülz:

Direkt nördlich und südlich an das Brückenwiderlager anschließend ist jeweils eine 100 m² große Fläche mit bodenständigen Gehölzen (70 % Sträucher) der nachfolgend genannten Arten entsprechend der Mittelwasserlinie entsprechend dem Aufbau eines Uferrandstreifens zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die Gebäudeteile sind zu entfernen. Die übrige Fläche des östlichen Sülzufer ist einer ungestörten Entwicklung (natürliche Sukzession) zu überlassen.

Westufer der Sülz:

Westlich der Sülz ist die Fläche bereits während der Abgrabung (keine zeitlich nachgeschaltete Gestaltung) in gleichmäßiger Verteilung mindestens 5 m, um mindestens 1 m in vertikaler Richtung tiefergelegte, offene Kiesflächen mit unregelmäßig gestalteter Randlinie, einer flachen Uferböschung und mit einer Mindestgröße von 150 m², wobei die Mindestbreite von 5 m nicht unterschritten werden darf, herzustellen. Die Kiesflächen sind nach ihrer Herstellung einer ungestörten Entwicklung (natürlichen Sukzession) zu überlassen.

Die dort vorhandenen Gehölze müssen mit einem Schutzabstand für den Wurzelbereich nach DIN 18920 (Kronentraufe zuzüglich 1,5 m) in ihrer ursprünglichen Höhenlage über dem Wasserspiegel erhalten bleiben und gesichert werden. Bei Abgängigkeit sind sie durch bodenständige Gehölze (mindestens Bäume 2. Ordnung der Weichholzaue, siehe nachstehende Pflanzliste) zu ersetzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

Auf der Abgrabungsfläche sind in gleichmäßiger Verteilung auf 40 % der Fläche bodenständige Gehölze der unten genannten Arten und Qualitäten entsprechend des jeweiligen Mittelwasserbereichs und außerhalb der Kiesflächen als Gehölzreihen oder -gruppen zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten, wobei vorhandene Gehölze angerechnet werden können.

Es sind mindestens 5 in ihrer Gestaltung unregelmäßig angelegte Gehölzreihen / -gruppen (Mindestgröße 400 m², Mindestbreite 5 m, max. Breite 25 m; 70 % Sträucher) sowie 3 kleinere Gehölzgruppen oder -reihen (Mindestbreite 5 m, Mindestgröße 100 m²; 70 % Sträucher) herzustellen.

Bei der Anordnung der Pflanzen sind - abgesehen von der Gehölzanpflanzung oberhalb der Mittelwasserlinie - gruppenweise Pflanzungen vorzunehmen, die aber nicht mehr als 5 Pflanzen einer Art enthalten sollen.

Die Pflanzen sind im Profil so anzuordnen, daß eine nach außen hin abgestufte Pflanzung aufgebaut wird. Zum Gewässer hin sind bevorzugt Bäume oder baumartige Gehölze und nach außen hin nach dem Muster eines Uferrandstreifens vornehmlich Sträucher. Die verbleibende Fläche am westlichen Sülzufer ist mit Oberboden abzudecken und einer ungestörten Entwicklung (natürliche Sukzession) zu überlassen.

Gehölze für den Mittelwasserbereich (Weichholzzone):

Bäume:

Rot-/Schwarzerle
 (Alnus glutinosa)
 Bruchweide
 (Salix fragilis)
 Silberweide
 (Salix alba)

(Heister, 100-150 cm,
 1 x v. o. Ballen)
 (Sträucher, 100-150 cm,
 1 x v. o. Ballen)
 (Heister, 100-150 cm,
 1 x v. o. Ballen)

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Sträucher: Jungpflanzen (Forstware) oder Steckhölzer
 Purpurweide
 (Salix purpurea)
 Korbweide
 (Salix viminalis)

Gehölze für die Flächen oberhalb des Mittelwasserbereichs (Hartholzzone):

Bäume 1. Ordnung: Heister, 100-150 cm, 1-2 x verpflanzt, ohne Ballen
 Stieleiche (Quercus robur)
 Vogelkirsche (Prunus avium)
 Esche (Fraxinus excelsior)

Bäume 2. Ordnung: Heister, 100-125 cm, 1 x verpflanzt, ohne Ballen
 Traubenkirsche (Prunus padus)
 Hainbuche (Carpinus betulus)
 Feldahorn (Acer campestre)

Sträucher: Jungpflanzen (Forstware)
 Gemeiner Schneeball (Viburnum opulus)
 Hasel (Corylus avellana)
 Schlehe (Prunus spinosa)
 Hundsrose (Rosa canina)
 Kreuzdorn (Rhamnus cathartica)
 Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)
 Pfaffenhütchen (Euonymus europaeus)
 Bluthartriegel (Cornus sanguinea)

1.3. Öffentliche Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die durch den Rückbau eines Teils der Scharrenbroicher Straße zum Fuß-/Radweg entstehende Freifläche wird entsiegelt und als öffentliche Grünfläche und Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB festgesetzt.

Es ist eine Schutzhecke mit den unter Nr. 1 der Anlage 2 zu den textlichen Festsetzungen aufgeführten Arten anzulegen.

Innerhalb der öffentlichen Grünfläche ist eine 5,0 x 3,0 m große Fläche für eine Trafostation (Versorgungseinrichtung) zulässig.

1.4. Sichtdreiecke (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 PlanzV 90)

Innerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Sichtdreiecke ist eine Bebauung, Bepflanzung oder sonstige sichtversperrende Nutzung in einer Höhe von mehr als 0,80 m über der Erschließungsfläche nicht zulässig.

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1.5. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Die Numerierung entspricht der Kennzeichnung im Plan

- (1) Der Zugang zu dem als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzten Siefen wird durch das Geh- und Fahrrecht zugunsten des Unterhaltungspflichtigen der Grünflächen festgesetzt.
- (2) Die für die fachgerechte Abwasserentsorgung erforderlichen Leitungstrassen von der Kläranlage zur Sülz und die Erschließung einzelner Wohngebäude sowie rückwärtiger Betriebsteile werden auf der bestehenden Wegeparzelle durch ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger sowie der Träger der Kläranlage und der Leitungen festgesetzt.
- (3) Die Zugänglichkeit der tragenden Masten der 110/380 KV Hochspannungsleitung wird innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes "Gewerbepark Scharrenbroich-Süd" jeweils durch ein 3 m breites Geh- und Fahrrecht zugunsten der Träger der Hochspannungsleitung festgesetzt.
- (4) Zur Sicherung der Erschließung im südlich des Autobahnanschlusses gelegenen Gewerbegebiets-Teilbereichs wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger festgesetzt. Die Erschließung ist durch eine Brücke herzustellen.
- (5) Zur Sicherung der Erschließung des Mischgebietes am "Eicherhof" sowie zur Sicherung der Zugänglichkeit der Fläche Nr. 1 für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft für Pflegemaßnahmen wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger und Unterhaltungspflichtigen der Grünflächen festgesetzt.
- (6) Zur Sicherung des Abwassertransportsammlers wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Träger der Abwasserbeseitigung festgesetzt.
- (7) und (8) Zur Sicherung einer Fuß- und Radwegeverbindung über die Sülz wird jeweils ein Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit festgesetzt.
- (9), (10) und (11) Zur Sicherung der Trasse des Kläranlagenauslasses bis zur Einleitung in den Vorfluter wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Träger der Abwasserbeseitigung festgesetzt.

1.6. Festsetzung von passiven Schallschutzmaßnahmen auf der Basis eines Lärmgutachten in Form einer flächenhaften Zuordnung von Schallschutzklassen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes werden die in dem der Anlage B. 5 beigelegten Plan räumlich definierten Schallschutzklassen 1-3 entsprechend der Abgrenzung im Plan festgesetzt.

Bei der Realisierung von Bauvorhaben in den betreffenden Gebieten sind die der jeweiligen Schallschutzklasse zugeordneten passiven Schallschutzmaßnahmen gemäß VDI-Richtlinie 2719 nachzuweisen. (Schallschutzfenster mit Nebeneinrichtungen in Anlage B. 5)

Die Anlage B. 5 ist integraler Bestandteil der textlichen Festsetzungen.

GEMEINDE RÖSRATH
 BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
 Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
 TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

2. NACH ANDEREN GESETZLICHEN VORSCHRIFTEN GETROFFENE FESTSETZUNGEN, DIE NACHRICHTLICH IN DEN BEBAUUNGSPLAN ÜBERNOMMEN WERDEN (§ 9 Abs. 6 BauGB)

2.1. Schutzzone der Hochspannungsleitung

Im Leitungsschutzstreifen der 380 kV-Hochspannungsleitung ist zwischen den Masten 7 bis 10 eine Bebauung bis max. 10,0 m Firsthöhe und eine Bepflanzung nur bis zu einer Endwuchshöhe von 12,0 m, zwischen den Masten 10 und 11 eine Bebauung bis max. 5,0 m Firsthöhe und eine Bepflanzung bis zu einer Endwuchshöhe von 6,0 m zulässig.

2.2. Schutzzone der Richtfunktrasse der Deutschen Bundespost Telekom

Innerhalb der im Bebauungsplan nachrichtlich dargestellten Schutzzone der Richtfunktrasse (Telekom) wird die maximal zulässige Firsthöhe auf 10,0 m über der Erschließungsfläche festgesetzt.

2.3. Schutzzonen der Bundesautobahn A 3 (§ 9 Abs. 1 und 2 FStrG)

2.3.1. Bauverbotszone (40-m-Schutzzone)

- a) In einer Entfernung von 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Bundesautobahn (Bauverbotszone § 9 (1) FStrG) dürfen Hochbauten jeder Art nicht errichtet und Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfanges nicht durchgeführt werden. Sicht und Lärmschutzwälle bedürfen der Genehmigung der Straßenbauverwaltung.
- b) Parkplätze/Stellplätze sind in der 40-m-Zone nicht zulässig, sofern solche Anlagen aufgrund der Bauordnung, der Gewerbeordnung oder sonstiger Vorschriften zwingend notwendig sind.
- c) Nicht zulässig in der 40-m-Zone ist auch die auf Dauer ausgerichtete Festsetzung landschaftspflegerischer Ausgleichsflächen.

2.3.2. Baubeschränkungszone (100-m-Schutzzone)

In einer Entfernung von 100 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Bundesautobahn (Baubeschränkungszone § 9 (2) FStrG),

- a) dürfen nur solche Anlagen errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Autobahnverkehrs weder durch Lichteinwirkung, Dämpfe, Gase, Rauch, Geräusche, Erschütterungen oder dergleichen gefährden und beeinträchtigen,
- b) sind alle Beleuchtungsanlagen innerhalb und außerhalb von Grundstücken und Gebäuden so zu gestalten und abzuschirmen, daß die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB nicht durch Blendung oder in sonstiger Weise beeinträchtigt wird. Vor der Errichtung von Beleuchtungsanlagen ist die Zustimmung der Straßenbauverwaltung einzuholen,
- c) dürfen Werbeanlagen, Firmennamen, Angaben über die Art von Anlagen oder sonstige Hinweise mit Wirkung zur Autobahn nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung angebracht oder aufgestellt werden.

GEMEINDE RÖSRATH
BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

2.3.3. Allgemeine Schutzbestimmungen

Gemäß § 33 der Straßenverkehrsordnung ist die Straßenbauverwaltung an Maßnahmen zu beteiligen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB beeinträchtigen können. Vom städtischen Bauordnungsamt ist daher sicherzustellen, daß über die BAB-Schutzzonen hinaus, Werbeanlagen, Firmennamen, Angaben über die Art von Anlagen und sonstige Hinweise, die den Verkehr auf der BAB beeinträchtigen können, nur dann aufgestellt werden dürfen, wenn die Straßenbauverwaltung zugestimmt hat.

3. **FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 ABS. 4 BAUGB IN VERBINDUNG MIT § 81
ABS. 1 BAUO NW**

3.1. **Dachform**

In den Gebieten, in denen keine Festsetzung zur Dachform getroffen wurde, ist bei der Verwendung von Satteldächern eine Neigung von maximal 45° zulässig.

3.2. **Einfriedungen**

Zur Einfriedung der Gewerbegrundstücke allgemein zulässig sind Maschendraht- und Holzzäune mit senkrechter Lattung bis zu einer Höhe von 2,0 m.

3.3. **Werbeanlagen**

- a) Werbeanlagen an Gebäuden dürfen maximal 25 % der Fassade an der betreffenden Gebäudeseite einnehmen.
- b) Werbeanlagen, die nicht an Gebäuden angebracht sind, dürfen eine Höhe von 2,0 m über der mittleren Geländehöhe des Aufstellungsortes nicht überschreiten.
- c) Bewegliche (laufende) und solche Lichtwerbeanlagen, bei denen die Beleuchtung ganz oder teilweise im Wechsel an- und ausgeschaltet wird (z.B. Anlagen mit Phasenschaltung oder laufendem Licht) sind unzulässig.
- d) Werbeanlagen auf Dachflächen haben sich im Hinblick auf Größe und Gestaltung in die Proportionen des betreffenden Gebäudes einzuordnen.
- e) Innerhalb einer Entfernung von 100 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Bundesautobahn (Baubeschränkungszone § 9 Abs. 2 FStrG) dürfen Werbeanlagen, Firmennamen, Angaben über die Art von Anlagen oder sonstige Hinweise mit Wirkung zur Autobahn nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung angebracht oder aufgestellt werden.

GEMEINDE RÖSRATH
BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II "GEWERBEPARK SCHARRENBROICH - SÜD"
Entwurf gemäß § 3 Abs. 3 und § 4 BauGB
TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Anlagen zu den textlichen Festsetzungen:

- B. 1: Abstandserlaß NRW 1990 mit Abstandsliste
- B. 2: Pflanzliste
- B. 3: Sortimentsabgrenzung für ein Gartencenter
- B. 4: Sortimentsabgrenzung für einen Bau- und Heimwerkermarkt
- B. 5: Übersichtsplan zur Zonierung der Schallschutzklassen und Auszug aus der VDI-Richtlinie 2719
(Sachverständigenbüro Uppenkamp und Partner, Ahaus)
- B. 6: Fahrbahnaufteilung, Achsvermaßung und Festlegung der Koordinaten nach Gauss-Krüger (Kocks
Consult, Bonn)



gehört zur Verfügung

vom

27. Sep. 1995

Bezirksregierung Köln

Im Auftrag

Wagner

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II

"GEWERBEPARK SCHARRENBROICH-SÜD"

ANLAGE B. 1 ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

ABSTANDSERLAß NRW 1990 MIT ABSTANDSLISTE

Abstandserlaß

I.

283
2311

Abstände zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung (Abstandserlaß)

RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 21. 3. 1990 - V B 3 - 8804.25.1 (V Nr. 2/90)

Dieser Erlaß richtet sich an die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter. Die in der Abstandsliste aufgeführten Schutzabstände sind zur Anwendung im Bauleitplanverfahren bestimmt. Sie gelten nicht im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, im Planfeststellungsverfahren nach dem Abfallgesetz sowie in sonstigen Planfeststellungs- und Baugenehmigungsverfahren (siehe Nr. 3).

1 Beteiligung der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter an der Bauleitplanung

Nach Nummer I. 8 d. Gem. RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung, d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales u. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 8. 7. 1982 (SMBL. NW. 2311) (Planungserlaß) sind regelmäßig u. a. die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter als Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen möglichst frühzeitig zu beteiligen, um eine ordnungsgemäße Abwägung zwischen den Belangen des Umwelt- bzw. Immissionsschutzes, den Belangen der gewerblichen Wirtschaft und sonstigen Belangen zu gewährleisten. Die Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange an der Bauleitplanung durch die Planungsträger ist grundsätzlich geregelt in dem RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung v. 16. 7. 1982 (SMBL. NW. 2311) (Beteiligungserlaß); auch hier sind die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter ausdrücklich als Träger öffentlicher Belange aufgeführt. Für das entsprechende Beteiligungsverfahren enthält Nummer 4 des Beteiligungserlasses Regelungen für die Planungsträger, die auch von den Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern als Beteiligte beachtet werden sollten.

Insbesondere erscheinen folgende grundsätzliche Hinweise für die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter von Bedeutung:

- Die Gemeinden sind gehalten, den Trägern öffentlicher Belange eine angemessene Frist für die Abgabe ihrer Stellungnahme zu setzen (vgl. Nr. 4 des Beteiligungserlasses). Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter sollen sich bemühen, die im Einzelfall vorgegebene Frist einzuhalten.
- Die Träger öffentlicher Belange sollen in ihren Stellungnahmen auch Aufschluß über von ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung geben, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gebietes bedeutsam sein können (vgl. Nr. 4 des Beteiligungserlasses). Gerade die Stellungnahmen der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter sollen zu einer umfassenden Bestandsaufnahme durch die Gemeinden als Planungsträger beitragen (vgl. Nr. I. 5.1 des Planungserlasses). Deshalb sollen die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter in ihren Stellungnahmen Hinweise auf wichtige Genehmigungsverfahren und zu erwartende Betriebsstillegungen und deren zu erwartenden Auswirkungen auf die Immissionslage geben.

Haben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter zu Bauleitplan-Entwürfen im Bereich eines Luftreinhalteplans Stellung zu nehmen und ist die Belastung durch Luftverunreinigungen für die Planungsentscheidung bedeutsam, so sind die Luftreinhaltepläne in die Stellungnahme einzubeziehen. Zu diesem Zweck haben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter den Luftreinhalteplan für den Bereich des Planungsgebiets hinsichtlich der Emissions-, Immissions- und Wirkungssituation

sowie hinsichtlich der Prognose der Luftverunreinigungen zu analysieren und darzustellen.

- Die Träger öffentlicher Belange sollen in ihren Stellungnahmen nicht bereits Abwägungen vornehmen, weil dadurch den Gemeinden eine gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander erschwert würde (vgl. Nr. 4 des Beteiligungserlasses).

Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter sollen die Entwürfe der Bauleitpläne daraufhin prüfen, ob und inwieweit die Planungsabsichten mit den Erfordernissen des Immissionsschutzes zu vereinbaren sind. Für diese Prüfung gilt insbesondere der Planungsgrundsatz in § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) (vgl. Nr. I.1 des Planungserlasses).

Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter sollen im Rahmen ihrer Beteiligung die Gemeinden beraten und mit ihnen konstruktiv zusammenarbeiten. Soweit sie in ihren Stellungnahmen gegen Planungsabsichten der Gemeinden Bedenken erheben wollen, sollen sie zugleich prüfen, ob und welche Hinweise zur Konfliktlösung gegeben werden können. Dabei sollten die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter insbesondere die Möglichkeiten technischer Maßnahmen angeben, durch die Immissionen gemindert werden können. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter, die verschiedenen Belange mit den Erfordernissen des Immissionsschutzes in Einklang zu bringen; die Bedenken und Anregungen der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter kann der Planungsträger im Zuge der Abwägung zurückstellen, wenn andere Belange überwiegen (vgl. Nr. I.5 des Planungserlasses). Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat eine endgültige Entscheidung des Planungsträgers zu respektieren, und zwar auch dann, wenn diese Entscheidung von der Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes abweicht. Ist ein Bauleitplan in Kraft getreten, so hat das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt im Rahmen seiner Aufgabenstellung zur Realisierung der Planung beizutragen.

2 Abstandsregelungen zur Berücksichtigung des Immissionsschutzes in der Bauleitplanung

2.1 Aufstellung einer Abstandsliste zur Vereinheitlichung der Stellungnahmen der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter

Bei der Prüfung der Bauleitpläne auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Immissionsschutzes ist zu berücksichtigen, daß es erfahrungsgemäß trotz aller dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsminderung beim bestimmungsgemäßen Betrieb emittierender Industrie- und Gewerbeanlagen in der unmittelbaren Umgebung dieser Anlagen noch zu Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belastungen durch Luftverunreinigungen oder Geräusche kommen kann, wenn der Abstand zwischen Emissionsquellen und schutzbedürftigen Gebieten zur Herabsetzung der Immissionen in diesen Gebieten nicht ausreicht. Daher kommt einem ausreichenden Abstand zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten einerseits und Wohngebieten andererseits - unabhängig von der Fernwirkung aus höheren Quellen emittierter Luftverunreinigungen - in der Bauleitplanung, insbesondere bei Neuplanungen (vgl. Nr. I.2.1 des Planungserlasses), besondere Bedeutung zu; daneben kommen allerdings auch andere Möglichkeiten des vorbeugenden Immissionsschutzes in Betracht.

Wegen der Bedeutung der räumlichen Trennung unverträglicher Nutzungen befaßt sich bereits Nummer I.6.2 des Planungserlasses mit Schutzabständen in der Bauleitplanung und verweist auf die Regelungen des Abstandserlasses. Der Abstandserlaß soll dazu dienen, den am Planungsverfahren unter dem Gesichtspunkt des Immissionsschutzes beteiligten Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern eine einheitliche Grundlage für fachliche Stellungnahmen zu Bauleitplänen im Hinblick auf die notwendigen Abstände zu geben. Zu diesem Zweck werden in der

Abstandserlaß

den Gebiet um ein allgemeines oder besonderes Wohngebiet oder ein Kleinsiedlungsgebiet handelt (vgl. 2.21).

- 2.225 Bei Anwendung der Abstandsliste zur Festsetzung der Abstände zwischen Industrie- oder Gewerbegebieten einerseits und Misch-, Kern- oder Dorfgebieten andererseits können bei mit (*) gekennzeichneten Betriebsarten die Abstände der übernächsten Abstandsklasse zugrunde gelegt werden. Falls ein Mindestabstand von 100 m nicht eingehalten werden kann, ist eine Einzelfallprüfung erforderlich.

- 2.226 Bei der Prüfung der Abstände zwischen Industrie- oder Gewerbegebieten einerseits und Kur- oder Klinikgebieten andererseits sind die Gegebenheiten des Einzelfalles besonders zu berücksichtigen; mindestens ist der für reine Wohngebiete maßgebende Abstand zugrunde zu legen.

- 2.227 Die Abstandsliste gilt nur für die Planung im ebenen Gelände; in anderen Fällen, z. B. bei der Planung in Tallagen, sollten Einzeluntersuchungen angestellt werden (vgl. Nr. 2.313 und Nr. 2.321).

- 2.228 Anlagen, die zwar in die Abstandsliste aufgenommen wurden, die aber sofern die Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB erfüllt sind, aus der Sicht des Immissionsschutzes im Außenbereich errichtet werden sollten.

Die in der Abstandsliste unter den lfd. Nummern 19, 20, 68, 80, 86, 116, 128, 135, 136, 138 und 157 aufgeführten Anlagen sind in aller Regel Außenbereichsvorhaben. Die genannten Abstände sind zur Sicherstellung eines ausreichenden Immissionsschutzes zwischen diesen Anlagen und Wohnbereichen notwendig.

- 2.23 Nichtanwendbarkeit auf bestehende Immissions-situationen

Aus der Abstandsliste können keine Rückschlüsse auf vorhandene Immissionssituationen gezogen werden. Ob bei einer vorgegebenen Situation durch Industrie- oder Gewerbebetriebe Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen in der Umgebung auftreten, muß im Einzelfall anhand der immissionsschutzrechtlichen Vorschriften (BImSchG, TA Luft, TA Lärm) geprüft werden; der bloße Hinweis auf eine Abstandsunterschreitung rechtfertigt nicht ein Einschreiten der Überwachungsbehörde nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften gegen Anlagen.

- 2.3 Fallgruppen für die Anwendung der Abstandsliste im Bauleitplanverfahren

Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat den Planungsträger schon im Flächennutzungsplanverfahren darauf aufmerksam zu machen, welche Beschränkungen im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren voraussichtlich vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt vorgeschlagen werden müssen. Für Festsetzungen im Bebauungsplan gilt folgendes:

- 2.31 Festsetzung von Industrie- oder Gewerbegebieten

- 2.311 Festsetzung von Industrie- oder Gewerbegebieten, deren Nutzung noch nicht bekannt ist

- a) Notwendigkeit der Nutzungsbeschränkung

Soweit bei der Ausweisung von Industrie- oder Gewerbegebieten nicht oder nur annäherungsweise bekannt ist, in welcher Weise die Gebiete zukünftig genutzt werden sollen, kann die Prüfung anhand der Abstandsliste zu dem Ergebnis führen, daß Beschränkungen im Sinne von § 1 Abs. 4 bis 10 BauNVO 1990 für bestimmte Anlagearten ausgesprochen werden müssen. Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter haben daher bei ihren Stellungnahmen entsprechend den in der Planung vorgegebenen Abständen zwischen Industrie- oder Gewerbegebieten einerseits und Wohngebieten bzw. Misch-, Kern- oder Dorfgebieten entsprechend Nummer 2.22 andererseits dem Planungsträger vorzuschlagen, in dem Bebauungsplan Nutzungsbeschränkungen für bestimmte Anlagearten für die Industrie- oder Gewerbegebiete entsprechend § 1 Abs. 4 bis 10

BauNVO 1990 festzusetzen (vgl. Nr. 1.6.4 des Planungserlasses). Der Einfachheit halber sollen die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter dabei - unbeschadet der Verpflichtung des Planungsträgers, die textliche Festsetzung zum Bebauungsplan eindeutig zu bestimmen - auf die entsprechenden Abstandsklassen der Abstandsliste verweisen, z. B. („nicht zugelassen sind Anlagen der Abstandsklassen ... der Abstandsliste zum RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 21. 3. 1990 - SMBl. NW. 283 - und Anlagen mit ähnlichem Emissionsgrad“). Dabei haben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter bei ihren Stellungnahmen stets den Stand der Abstandsliste (z. B. Stand: 1990) anzugeben und dem Planungsträger zu empfehlen, die Betriebsarten der Abstandsliste in geeigneter Form - z. B. durch Abdruck der verwendeten Abstandsliste - zum Bestandteil der Festsetzungen im Bebauungsplan zu machen.

- b) Ausnahmemöglichkeiten nach § 31 Abs. 1 BauGB

Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter können jedoch zur Vermeidung von allzu großen und unter bestimmten Voraussetzungen im Einzelfall aufhebbaren Beschränkungen im Rahmen der von ihnen abzugebenden Stellungnahmen den Gemeinden empfehlen, im Bebauungsplan Ausnahmemöglichkeiten für Anlagearten des nächstgrößeren Abstandes der Abstandsliste zu eröffnen (vgl. Nr. 1.7 des Planungserlasses). Diese Erleichterung ist deshalb möglich, weil im Einzelfall damit gerechnet werden kann, daß z. B. durch besondere technische Maßnahmen oder durch Betriebsbeschränkungen - insbesondere Verzicht auf Nachtarbeit - die Emissionen einer später zu bauenden Anlage so weit begrenzt oder die Ableitbedingungen so gestaltet werden, daß schädliche Umwelteinwirkungen in den schutzbedürftigen Gebieten vermieden werden. Das Vorliegen dieser Voraussetzung kann anhand der im Einzelfall vorzulegenden genauen Antragsunterlagen schlüssig geprüft werden.

- c) Befreiungsmöglichkeit nach § 31 Abs. 2 BauGB

Wegen der Möglichkeit von Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB bei der späteren Bebauung, die z. B. durch über den Stand der Technik zum Zeitpunkt des Erlasses der Abstandsliste hinausgehende Maßnahmen zum Immissionsschutz bei einer an sich nicht zugelassenen Anlage begründet sein können, wird auf Nummer 11.7 des Planungserlasses hingewiesen.

- 2.312 Festsetzung von Industrie- oder Gewerbegebieten, in denen die Art der später anzusiedelnden Betriebe schon bekannt ist

Ist im Planungsverfahren schon bekannt, welche Industrie- oder Gewerbebetriebe in den neu festzusetzenden Industrie- oder Gewerbegebieten untergebracht werden sollen, so ist durch Vergleich der in der Planung vorgegebenen Abstände mit den in der Abstandsliste angegebenen Werten festzustellen, ob die für die in Frage kommenden Betriebsarten vorgesehenen Abstände eingehalten sind. Ist dies der Fall, so haben die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter dem Planungsträger vorzuschlagen, in dem Bebauungsplan die vorgesehene Nutzungsart festzusetzen oder zumindest die Nutzung durch Anlagen, die einen größeren Abstand erfordern, auszuschließen. Im übrigen wird hinsichtlich der dem Planungsträger vorzuschlagenden Beschränkungen der Nutzungen im Bebauungsplan und der Ausnahme- und Befreiungsmöglichkeiten auf Nummer 2.311 verwiesen.

- 2.313 Festsetzung von Industrie- oder Gewerbegebieten, deren Nutzung in allen Einzelheiten bekannt ist

- a) Prüfung anhand der Abstandsliste

Es ist möglich, daß schon bei der Aufstellung des Bebauungsplans bekannt ist, welcher bestimmte Industrie- oder Gewerbebetrieb angesiedelt werden soll. Ergibt der Vergleich des in der Planung vorgegebenen Abstandes zwischen der geplanten

Abstandserlaß

industriellen oder gewerblichen Anlage einerseits und einem tatsächlich vorhandenen oder baurechtlich ausgewiesenen oder gleichzeitig auszuweisenden Wohngebiet andererseits mit dem für die entsprechende Betriebsart in der Abstandsliste angegebenen Abstand die Vereinbarkeit mit den Belangen des Immissionsschutzes, so ist nach Nummer 2.312 zu verfahren.

b) Einholung von Gutachten im Einzelfall (Immissionsprognose - Gutachten)

Reicht der in der Planung vorgegebene Abstand nicht aus, so kann unter Zugrundelegung der notwendigen Einzelinformationen (z. B. Emissionskataster, Quellenkonfiguration) durch ein Einzelgutachten - unbeschadet des späteren Immissionsschutz- oder baurechtlichen Genehmigungsverfahrens - geprüft werden, ob der vorgegebene Abstand gleichwohl ausreichen wird, um Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Bewohner der benachbarten Wohngebiete bzw. Misch-, Kern- oder Dorfgebiete zu vermeiden. In diesen Fällen sollen die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter dem Planungsträger - wenn nicht die Unverträglichkeit der Planung mit den Grundsätzen des Immissionsschutzes von vornherein auf der Hand liegt - empfehlen, ein entsprechendes Einzelgutachten in Auftrag zu geben. Das Gutachten soll die zum Zeitpunkt der Planung absehbare Entwicklung der Betriebe berücksichtigen. Auf Ersuchen des Planungsträgers sollen sich die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter an der Formulierung der Fragestellung für das Gutachten beteiligen, in schwierigen Einzelfällen berät die Landesanstalt für Immissionsschutz die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter. Wegen der Prüfung der Einzelgutachten wird auf Nummer 2.33 verwiesen.

Von der Empfehlung, ein Gutachten einzuholen, soll das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt absehen, wenn es ihm ohne übermäßigen Zeitaufwand möglich ist, aus eigenem Sachverstand den Planungsbehörden eine Lösung vorzuschlagen.

2.32 Festsetzung von Wohngebieten

2.321 Festsetzung von Wohngebieten in der Nachbarschaft von bereits bestehenden und voll besiedelten Industrie- oder Gewerbegebieten

a) Prüfung anhand der Abstandsliste

Sollen Wohngebiete in der Nachbarschaft von bereits bestehenden und voll besiedelten Industrie- oder Gewerbegebieten, d. h. Gebieten ohne freies Gelände für Betriebserweiterungen, festgesetzt werden und ist der sich aus der Abstandsliste ergebende Abstand mehr als nur geringfügig unterschritten, so soll das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt den Planungsträger darauf hinweisen, daß sich aus dieser Situation wechselseitige Beeinträchtigungen ergeben können.

Bei der beabsichtigten Festsetzung von Misch-, Kern- oder Dorfgebieten ist unter Beachtung von Ziffer 2.225 analog zu verfahren.

b) Einholung von Gutachten im Einzelfall (Immissionsgutachten)

Die genaue Kenntnis der vorhandenen Emissionssituationen gestattet es in diesen Fällen aber, die von dem bestehenden Industrie- oder Gewerbegebiet ausgehenden, auf das neu festzusetzende Wohngebiet einwirkenden Immissionen zu messen und/oder zu berechnen. Daher sollen die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter dem Planungsträger - wenn nicht die Unverträglichkeit der Planung mit den Grundsätzen des Immissionsschutzes von vornherein auf der Hand liegt - empfehlen, mit Hilfe eines Gutachtens feststellen zu lassen, ob tatsächlich und ggf. in welchem Ausmaß Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen in dem festzusetzenden Wohngebiet durch den Betrieb von Industrie- oder Gewerbeanlagen zu erwarten sind und ob diese evtl. durch passive Schutzmaßnahmen (z. B. immissionsschutzmäßig günstige An-

ordnung der Gebäude) im Wohngebiet unterbunden werden können. Auf Ersuchen des Planungsträgers sollen sich die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter an der Formulierung der Fragestellung für das Gutachten beteiligen.

Von der Empfehlung ein Gutachten einzuholen, soll das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt absehen, wenn es ihm ohne übermäßigen Zeitaufwand möglich ist, eine eigene Stellungnahme abzugeben, die eine entsprechende gutachtliche Beurteilung ersetzt.

c) Grundlagen des Immissionsgutachtens

Dem Gutachten ist die für die jeweilige Nutzung ungünstigste Emissionssituation in dem Industrie- oder Gewerbegebiet unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Planung absehbaren Entwicklung der Betriebe zugrunde zu legen. Hinsichtlich möglicher Änderungen sind zwei Fälle zu unterscheiden:

ca) Die vorhandene Emissionssituation in dem bestehenden Industrie- oder Gewerbegebiet ist ungünstiger, als sie - trotz planungsrechtlicher Zulässigkeit der vorhandenen Nutzung - nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften zulässig ist.

In diesem Fall können Verbesserungen der Emissionssituation, die bis zum Inkrafttreten des Bebauungsplanes für das Wohngebiet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erreicht werden können, berücksichtigt werden; das Gutachten soll die dafür erforderlichen Maßnahmen und die technischen Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung aufzeigen.

cb) Die vorhandene Emissionssituation in dem bestehenden Industrie- oder Gewerbegebiet ist günstiger, als sie bei voller Ausschöpfung der planungsrechtlichen Zulässigkeit wäre.

In diesem Fall ist von einer der Gebietsgröße und dem Gebietscharakter entsprechenden gewerblichen bzw. industriellen Nutzung mit den höchsten zulässigen Emissionen auszugehen, wenn nicht feststeht, daß die vorhandene Situation in diesem Gebiet langfristig unverändert bleibt oder sich sogar noch günstiger entwickelt.

2.322 Festsetzung von Wohngebieten in der Nachbarschaft von festgesetzten, aber noch nicht oder nicht voll besiedelten oder gleichzeitig auszuweisenden Industrie- oder Gewerbegebieten

Ist die Festsetzung von Wohngebieten in der Nachbarschaft von bestehenden, aber noch nicht oder nicht voll besiedelten oder gleichzeitig auszuweisenden Industrie- oder Gewerbegebieten vorgesehen, so ist bei der Prüfung, ob der in der Planung vorgesehene Abstand zum Schutz der Wohngebiete ausreicht, von denselben Annahmen wie in Nummer 2.321 Buchst. cb) auszugehen, soweit nicht für die Industrie- oder Gewerbegebiete Beschränkungen planungsrechtlicher Art (z. B. wie in Nr. 2.311 vorgesehen) bestehen.

2.33 Prüfung von Einzelgutachten

In den Fällen der Nummern 2.313 b) und 2.321 b) sollen die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter darauf hinwirken, daß die vom Planungsträger in Auftrag gegebenen Gutachten ihnen zur Prüfung vorgelegt werden; die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter können an der Prüfung die Landesanstalt für Immissionsschutz beteiligen. Führt die Prüfung des Gutachtens zu dem Schluß, daß unter Berücksichtigung der vorgegebenen oder angenommenen Emissionssituation und ggf. bestimmter passiver Schutzmaßnahmen im Wohngebiet Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen im Wohngebiet nicht zu erwarten sind, so soll das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt seine Bedenken zurückstellen, ggf. unter der Voraussetzung, daß die notwendigen Schutzmaßnahmen rechtlich abgesichert werden.

Abstandserlaß

3 Nichtanwendung der Abstandsliste in Genehmigungsverfahren

3.1 Baugenehmigungsverfahren

Zu Bauanträgen für bauliche Anlagen und Räume im Sinne des § 50 Abs. 3 BauO NW hat die Bauaufsichtsbehörde das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt zu hören, u. a. soweit Belange des Immissionsschutzes berührt sind (Nr. 50.3 der Verwaltungsvorschrift zur Landesbauordnung - VV BauO NW - RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung v. 29.11.1984 - SMBl. NW. 23212). Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat dabei anhand der von der Bauaufsichtsbehörde übersandten Bauvorlagen zu prüfen, ob Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit zu erwarten und ggf. durch Auflagen zu vermeiden sind.

Soweit die Bauvorlagen, insbesondere die Baubeschreibung gemäß § 4 Abs. 3 der Verordnung über bautechnische Prüfungen - BauPrüfVO - (vgl. Betriebsbeschreibung nach Anlage 4 zu VV BauPrüfVO) nicht ausreichen, um eine exakte Vorausberechnung der von der geplanten Anlage zu erwartenden Emissionen vornehmen zu können, werden sich die Beurteilung der voraussichtlichen Immissionssituation und die hieraus zu ziehenden Schlussfolgerungen für die Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes auf Erfahrungen mit bestimmten Anlagearten stützen. Für die Stellungnahmen der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter im Baugenehmigungsverfahren für gewerbliche Anlagen bietet die Abstandsliste zu diesem RdErl. lediglich einen Anhalt dafür, ob bei der Erteilung der Genehmigung evtl. Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit zu erwarten sind. Jedoch begründet nicht schon die Tatsache, daß der dort angegebene Abstand nicht eingehalten ist, eine ablehnende Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes. Vielmehr ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen und wie diese ggf. ausgeräumt werden können.

Ergibt sich aus den vorgelegten Bauvorlagen, daß erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen der Allgemeinheit oder der Nachbarschaft nur durch Auflagen ausgeschlossen werden können, so soll das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt der Bauaufsichtsbehörde die erforderlichen Auflagen baulicher Art zur Aufnahme in den Bauschein vorschlagen. Die Bauaufsichtsbehörde soll darauf hingewiesen werden, daß nur durch diese Auflagen der notwendige Immissionsschutz in der Nachbarschaft sichergestellt ist. Ergibt sich aus den vorgelegten Bauvorlagen, daß die hervorgerufenen schädlichen Umwelteinwirkungen das Leben oder die Gesundheit von Menschen oder bedeutende Sachgüter gefährden und diese auch durch Auflagen mit Sicherheit nicht ausgeschlossen werden können, so soll das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt die Bauaufsichtsbehörde darauf hinweisen, daß das Vorhaben aus immissionsschutzrechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig ist (§ 25 Abs. 2 BImSchG). Im übrigen wird auf Nummer 50.34 VV BauO NW hingewiesen.

3.2 Nichtanwendung der Abstandsliste im immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und im Planfeststellungsverfahren

Im Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG, in Planfeststellungsverfahren nach dem Abfallgesetz und in sonstigen Planfeststellungsverfahren ist im Gegensatz zu der Planung von Gebieten die Abstandsliste nicht anzuwenden; in diesen Fällen ist es ausdrücklich Gegenstand des Genehmigungsverfahrens, anhand der Antragsunterlagen und von Einzelgutachten in jedem Einzelfall zu prüfen, ob Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit ausgeschlossen werden können. Die bloße Anwendung der Abstandsliste würde diesem Prüfungsgrundsatz nicht gerecht werden.

4 Der RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 9. 7. 1982 (SMBl. NW. 280) wird mit dessen Zustimmung aufgehoben.

Abstandserlaß

Anhang 1

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Nummer (Spalte) der 4 BImSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|--|---|
| III | 100 | 24 | 1.12 (1) | Anlagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Teerzerlegnissen oder von Teer- oder Gaswasser |
| | | 25 | 2.3 (1) | Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen |
| | | 26 | 2.4 (1) | Anlagen zum Brechen von Baust., Bohrt., Gips, Kalkstein, Kiesstein, Magnesit, Quarz oder Schmelz- te |
| | | 27 | 3.3 (1) | Anlagen zur Stahlherstellung mit Lichtbogenöfen unter 50 t Gesamtschmelzgewicht (*) (s. auch lfd. Nr. 11 und 49) |
| | | 28 | 3.4 (1 + 2) | Anlagen zum Umhüllen von Aluminat (*) (s. auch lfd. Nr. 85 und 131) |
| | | 29 | 4.1a (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von anorganischen Chemikalien wie Säuren, Basen, Salze |
| | | 30 | 4.1d (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Halogenen oder Halogenzerlegnissen |
| | | 31 | 4.1e (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor- oder stickstoffhaltigen Düngemitteln |
| | | 32 | 4.6 (1) | Anlagen zur Herstellung von Ruß |
| | | 33 | 4.11 (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasserstoffen |
| | | 34 | 7.19 (2) | Anlagen, in denen Sauerkraut hergestellt wird, soweit 10 t Kohl oder mehr je Tag verarbeitet werden |
| | | 35 | 7.24 (1) | Anlagen zur Herstellung oder Raffination von Zucker unter Verwendung von Zuckerruben oder Rohzucker |
| | | 36 | 8.1 (1) | Anlagen zur teilweisen oder vollständigen Beseitigung von festen oder flüssigen Stoffen durch Verbrennen |
| | | 37 | 8.6 (1) | Anlagen zur chemischen Aufbereitung von cyandhal- Konzentrat, Nitrat, Nitraten oder Säuren, soweit hierdurch eine Verwertung als Feststoff oder eine Entsorgung als Abfall ermöglicht werden soll |
| | | 38 | - | Aufbereitungsanlagen für schmelzflüssige Schlacke (s. B. Hochschlacke) |
| | | 39 | - | Automobil- u. Motorradfabriken sowie Fabriken zur Herstellung von Verbrennungsmotoren |
| | | 40 | 1.1 (1) | Heizkraftwerke und Heizwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, soweit die Feuerungsleistung a) bei Heizkraftwerken von 100 MW bis 300 MW b) bei Heizwerken mehr als 100 MW beträgt |
| | | 41 | 1.7 (1) | Kühltürme mit einem Kühlwasserdurchsatz von 10000 m ³ oder mehr je Stunde |
| | | 42 | 1.8 (2) | Elektromotorenanlagen einschließlich der Schaltdel- der mit einer Überspannung von 220 kV oder mehr (*) |
| | | 43 | 1.9 (1) | Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Koble mit ei- ner Leistung von 30 t oder mehr je Stunde |
| | | 44 | 1.10 (1) | Anlagen zum Brikettieren von Braun- oder Steinkohle |
| | | 45 | 2.6 (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Glas, auch soweit es aus Altklas hergestellt wird, einschließlich Glasfasern, die nicht für medizinische oder farmakolo- gische Zwecke bestimmt sind |
| IV | 500 | 46 | 2.11 (1) | Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe |
| | | 47 | 2.13 (2) | Anlagen zur Herstellung von Beton, Mörtel oder Stra- ßenbaustoffen unter Verwendung von Zement |
| | | 48 | 2.15 (1) | Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mi- schungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich "Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen, von denen den Umständen nach zu erwarten ist, daß sie länger als während der 12 Monate, die auf die Inbetriebnahme folgen, an demselben Ort betrieben werden |

Abstandserlaß 1990

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Nummer (Spalte) der 4 BImSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|--|--|
| I | 1500 | 1 | 1.1 (1) | Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, soweit die Feuerungsleistung 900 MW übersteigt |
| | | 2 | 1.11 (1) | Anlagen zur Trockendestillation (z. B. Kokereien und Schwefelöfen) |
| | | 3 | 3.2 (1) | Anlagen zur Gewinnung von Rohstein |
| | | 4 | 4.1 (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung mit mehr als 10 Pro- duktionsanlagen |
| | | 5 | 4.1h (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemie- fasern |
| | | 6 | 4.4 (1) | Anlagen zur Destillation oder Raffination oder sonstigen Weiterverarbeitung von Erdöl oder Erdölzerleg- nissen in Mineralöl-, Alkot- oder Schmelzdestillate- ren, in petrochemischen Werken oder bei der Gewin- nung von Paraffin |
| | | 7 | 1.14 (1) | Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Koble |
| | | 8 | 2.14 (1 + 2) | Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Ver- wendung von Zement oder anderen Bindemitteln im Freien (*) |
| | | 9 | 3.1 (1) | Anlagen zum Rösten, Schmelzen oder Sintern von Er- zen |
| | | 10 | 3.2 (1) | Anlagen zur Gewinnung von Nichtmetallrohstoffen (Blei-, Zink- und Kupfererzen) |
| II | 1000 | 11 | 3.3 (1) | Anlagen zur Stahlherstellung ausgenommen Licht- bogenöfen mit weniger als 50 t Gesamtschmelzgewicht sowie Induktionsöfen (*) (s. auch lfd. Nr. 27 und 48) |
| | | 12 | 3.15 (2) | Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behäl- tern aus Metall im Freien (z. B. Dampfessel, Contai- ner) (*) |
| | | 13 | 3.18 (1) | Anlagen zur Herstellung von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall im Freien (*) |
| | | 14 | 3.19 (2) | Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukon- struktionen im Freien (*) |
| | | 15 | 4.1 (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung mit höchstens 10 Pro- duktionsanlagen |
| | | 16 | 4.1b (1) 4.1c (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Metallen oder Nichtmetallen auf nassem Wege oder mit Hilfe elektrischer Energie sowie von Ferrolegierungen, Ko- fund und Refraktereinschlüssen Aluminiumhüllen |
| | | 17 | 4.1d (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Schwefel oder Schwefelzerlegnissen |
| | | 18 | 6.3 (1) | Anlagen zur Herstellung von Holzfasern, Holz- spanplatten oder Holzwerkstoffen |
| | | 19 | 7.12 (1) | Anlagen zur Tiefkörperbeseitigung sowie Anlagen, in denen Tiefkörperbeseitigung oder Erzeugnisse tierischer Herkunft zur Beseitigung in Tiefkörperbeseitigungs- anlagen gesammelt oder gelagert werden |
| | | 20 | 7.13 (1) | Kulturanlagen |
| | | 21 | 10.16 (2) | Trüfstände für oder mit Luftschrauben, Rückstoßan- trieben oder Strahltriebwerken |
| | | 22 | 10.19 (2) | Anlagen zur Luftverflüssigung mit einem Durchsatz von 25 t Luft je Stunde oder mehr (*) |
| | | 23 | 1.1 (1) | Kraftwerke und Heizkraftwerke mit Feuerungsanla- gen für den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, soweit die Feuerungsleistung a) bei Kraftwerken mehr als 150 MW bis max. 900 MW beträgt b) bei Heizkraftwerken 300 MW übersteigt |

Abstandserlaß

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Nummer (Spalte) der 4. BImSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|---|---|
| IV | 500 | 49 | 33 (1) 37 (1) | Anlagen zur Stahlherzeugung mit Induktionsofen, Anlagen zum Erhitzen von Gussblechen (s. auch Nr. 11 und 27) sowie Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien in denen Formen oder Kerne auf kaltem Wege hergestellt werden, mit einer Leistung von 10 t oder mehr Gussblech je Monat |
| | | 50 | 36 (1 + 2) 316 (1) 317 (2) | Anlagen zum Walzen von Metallen und Anlagen zur Herstellung von Rohren (*) |
| | | 51 | 311 (1) | Schmelde-, Hammer- und Fallwerke (*) |
| | | 52 | 314 (1 + 2) | Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Rotationsmühlwerke, mit einer Nennleistung des Rotationstriebs von 100 kW oder mehr |
| | | 53 | 41g (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von organischen Chemikalien oder Lösungsmitteln wie Alkohole, Aldehyde, Ketone, Säuren, Ester, Acetate, Äther |
| | | 54 | 41h (1) | Anlagen zur Herstellung von Kunststoffen |
| | | 55 | 41k (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kunstharzen |
| | | 56 | 41m (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von synthetischem Kautschuk |
| | | 57 | 43 (1) | Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen, wie Schmieröle, Schmierfette, Metallbearbeitungsöle |
| | | 58 | 47 (1) | Anlagen zur Herstellung von Kohlenstoff (Herbrandkohle) oder Elektrographit durch Brennen, z. B. für Elektroden, Stromabnehmer oder Apparateile |
| | | 59 | 48 (1) | Anlagen zur Aufbereitung von organischen Lösungsmitteln durch Destillieren mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Stunde |
| | | 60 | 51 (1) | Anlagen zum Lackieren von Gegenständen oder bauteilförmigen Materialien einschließlich der Beschichtung von Holzwerkstoffen mit organischen Lösungsmitteln, anhaltend und von denen 250 kg oder mehr je Stunde eingesetzt werden |
| | | 61 | 53 (1) | Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren oder Tränken von Glasfasern, Mineralfasern oder bahn- oder ta-felförmigen Materialien einschließlich der Beschichtung von Holzwerkstoffen mit organischen Lösungsmitteln |
| | | 62 | 54 (1) | a) Kunstharzen oder b) Kunststoffen oder Gummi unter Einsatz von 250 kg organischen Lösungsmitteln je Stunde oder mehr |
| | | 63 | 55 (1) | Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Stoffen oder Gegenständen mit Teer, Teeröl oder heißem Bitumen, ausgenommen Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Kabeln mit heißem Bitumen |
| | | 64 | 56 (1) | Anlagen zum Isolieren von Dächern unter Verwendung von Phenol- oder Kresolharzen |
| | | 65 | 58 (2) | Anlagen zur Herstellung von bahnförmigen Metall- oder Kunststoffbahnen einschließlich der Zugabe von Füllstoffen, wie z. B. Glasfasern, Mineralfasern, Kunststoffen, Kautschuk und Wollstoffen, oder von Gemischen aus sonstigen Stoffen und erdölhaltigen Leinölen |
| | | 66 | 59 (2) | Anlagen zur Herstellung von Gegenständen unter Verwendung von Phenol- oder Kresolharzen, wie z. B. Harz- oder Kunststoff- oder Holzwerkstoffen, einschließlich der Wärmebehandlung, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 kg oder mehr je Stunde beträgt |
| | | 67 | 61 (1) | Anlagen zur Herstellung von Reibbelägen unter Verwendung von Phosphaten oder sonstigen Kunstharzbindemitteln |
| | | 68 | 61 (1) | Anlagen zur Gewinnung von Zellstoff aus Holz, Stroh oder ähnlichen Faserstoffen |

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Nummer (Spalte) der 4. BImSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|---|--|
| IV | 500 | 69 | 71 (1) | Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder zum Halten von Schweinen mit a) 31 000 Hennenplätzen, b) 102 000 Jungennenplätzen, c) 102 000 Mastgeflügelplätzen, d) 1900 Mastschweinplätzen oder e) 840 Sauenplätzen oder mehr |
| | | 70 | 72 (1 + 2) | Anlagen zum Schlachten von a) 500 kg oder mehr Lebendgewicht Geflügel oder b) 4000 kg oder mehr Lebendgewicht sonstiger Tiere je Woche |
| | | 71 | 73 (1) | Anlagen zum Schmelzen von tierischen Fetten mit Ausnahme der Anlagen zur Verarbeitung von selbstgewonnenen tierischen Fetten zu Speisefetten in Fleischereien mit einer Leistung bis zu 200 kg Speisefett je Woche |
| | | 72 | 76 (2) | Anlagen zum Reinigen oder zum Entschleimen von tierischen Därmen oder Mägen |
| | | 73 | 77 (2) | Anlagen zur Zubereitung oder Verarbeitung von Kälbermägen zur Labgewinnung |
| | | 74 | 79 (1) | Anlagen zur Herstellung von Futter- oder Düngemitteln oder technischen Fetten aus den Schlachtabfällen, Knochen, Tierhaare, Federn, Hörner, Klauen oder Blut |
| | | 75 | 711 (1) | Anlagen zum Lagern unbehandelter Knochen, ausgenommen Anlagen für selbstgewonnene Knochen in Fleischereien, in denen je Woche weniger als 4000 kg Fleisch verarbeitet werden und - Anlagen, die nicht durch Nr. 49 erfüllt werden |
| | | 76 | 721 (1) | Möhlen für Nahrung- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 300 t je Tag oder mehr |
| | | 77 | 723 (1) | Anlagen zum Extrahieren pflandlicher Fette oder Öle, soweit die Menge des eingesetzten Extraktionsmittels 1 t oder mehr beträgt |
| | | 78 | 725 (2) | Anlagen zur Trocknung von Grünfütter, ausgenommen Anlagen zur Trocknung von selbstgewonnenem Grünfütter im landwirtschaftlichen Betrieb |
| | | 79 | 83 (1) | Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen |
| | | 80 | 911 (2) | Offene oder unvollständig geschlossene Anlagen zum Brennen oder Erhitzen von Schuttgütern, die im trockenen Zustand stauben können, durch Kippen von Wagen oder Behältern oder unter Verwendung von Fliegern, Schaufeldegatern, Greifern, Saughebern oder ähnlichen Einrichtungen, soweit 200 t Schuttgüter oder 100 t festes staubendes Material je Woche verarbeitet werden, oder Anlagen zum Brennen oder Erhitzen von Feststoffen aus Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfallt |
| | | 81 | | Deponien für Haus- und Sondermüll |
| | | 82 | | Autokinos (*) |
| | | 83 | | Betriebshäfe für Straßenbahnen (*) |
| | | 84 | 15 (1 + 2) | Gasturbinenanlagen zum Antrieb von Generatoren oder Arbeitsmaschinen (*) |
| | | 85 | 19 (2) | Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kühle mit einer Leistung von 1 t bis weniger als 30 t je Stunde |
| | | 86 | 113 (1) 115 (1) | Anlagen zur Erzeugung von Generator- oder Wasserkraft aus festen Brennstoffen oder Stadt- oder Ferngas aus Kohlenwasserstoffen durch Spalten |
| | | 87 | 21 (2) | Sternbrüche, in denen Sprengstoffe oder Flammschmelze verwendet werden |
| | | 88 | 22 (2) | Anlagen zum Brechen, Mahlen oder Klassieren von natürlichem oder künstlichem Gestein einschließlich Schlacke und Abbruchmaterial, ausgenommen Klassieranlagen für Sand oder Kies |

Abstandserlaß

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Numer (Spalte) 4 BImSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|--------------------------------|--|
| V | 300 | 88 | 23 (2) | Anlagen zum Mahlen von Gips, Kieselgur, Magnesit, Mineralpulver, Muschelkalk, Talkum, Ton, Tuff (Tuff) oder Zementklinker |
| | | 89 | 28 (1) | Anlagen zur Gewinnung, Bearbeitung oder Verarbeitung von Anbaat |
| | | 90 | 27 (1) | Anlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse unter Verwendung von Ton, soweit der Rauschhalt der Erzeugnisse 3 m oder mehr und die Beschädigung 300 bis 1000 mg/m ³ beträgt |
| | | 91 | 210 (1) | Anlagen zum Erhitzen von Metall, soweit die Erzeugnisse 3 m oder mehr und die Beschädigung 300 bis 1000 mg/m ³ beträgt, ausgenommen elektrisch beheizte Anlagen, die kontinuierlich und ohne Abfuhrleistung betrieben werden |
| | | 92 | 212 (2) | Anlagen zur Herstellung von Kalkhandelsstein, Gipsbaustein oder Faerzementplatten unter Dampfdruck |
| | | 93 | 214 (1 + 2) | Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln in geschlossenen Hallen (*) |
| | | 94 | 33 (2) 37 (2) | Anlagen zum Erhitzen von Gubisen oder Stahl mit einer Schmelzleistung bis zu 23 t je Stunde, Vakuum-Schmelzanlagen für Gubisen oder Stahl mit einer Einschmelzleistung von 3 t oder mehr sowie Eisen-, Temper- und Schmiedehallen, in denen Formen oder Kerne auf kaltem Wege hergestellt werden mit einer Leistung von weniger als 40 t Gießteil je Monat |
| | | 95 | 34 (1 + 2) 38 (1) | Schmelzanlagen für Nichtmetalle für einen Einsatz von weniger als 100 kg oder für einen Einsatz von Nichtmetallen (s. auch Lfd. Nr. 28 und 151) |
| | | 96 | 35 (1) | Anlagen zum Abheben der Oberflächen von Stahl, insbesondere von Blöcken, Brannen, Knüppeln, Plätzen oder Blechen, durch Flammen |
| | | 97 | 39 (1 + 2) | Anlagen zum Aufbringen von metallischen Schutzschichten auf Blei, Zinn oder Zink auf Metalloberflächen, die mit einem oder mehreren flüssigen Metallen durch Flammgasen |
| | | 98 | 312 (2) | Anlagen zur Herstellung von Bolzen, Nägeln, Nieten, moderner Schrauben, Kugeln, Nadeln oder ähnlichen metallischen Normteilen durch Druckumformen auf Ausmaßen (*) |
| | | 99 | 315 (2) | Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall in geschlossenen Hallen (s. B. Dampf-, Kühl-, Containert) (*) |
| | | 100 | 318 (1) | Anlagen zur Herstellung von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall in geschlossenen Hallen (*) |
| | | 101 | 319 (2) | Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen in geschlossenen Hallen (*) |
| | | 102 | 321 (1 + 2) | Anlagen zur Herstellung von Akkumulatoren oder Batterien |
| | | 103 | 323 (1 + 2) | Anlagen zur Herstellung von Aluminium-, Eisen- oder Magnesiumpulver oder -pasten, von blei- oder nickelhaltigen Pulvern oder Pasten oder sonstigen Metallpulvern oder -pasten ausgenommen Anlagen zur Herstellung von Metallpulver durch Stampfen |
| | | 104 | 411 (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von unter Druck gebildeten Acetylen (Dissoziationsfabriken) |
| | | 105 | 419 (1) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Seilen oder Wärmemitteln durch chemische Umwandlung |
| | | 106 | 421 (1 + 2) | Anlagen, in denen Pflanzenschutz- oder Schädlingsbekämpfungsmittel oder ihre Wirkstoffe gemahlen oder maschinell gemischt, abgepackt oder umgefüllt werden |
| | | 107 | 43 (2) | Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Arzneimitteln oder Arzneimittelzusatzprodukten ohne chemische Umwandlung |
| | | 108 | 48 (2) | Anlagen zur Aufbereitung von organischen Lösungsmitteln durch Destillieren mit einer Leistung von 0,5 t bis weniger als 1 t je Stunde |
| | | 109 | 49 (1 + 2) | Anlagen zum Erhitzen von Natur- oder Kunstharzen mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Tag |

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Numer (Spalte) 4 BImSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|---|---|
| V | 300 | 110 | 410 (2) | Anlagen zur Herstellung von Firnis, Lacken oder Druckfarben mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Tag |
| | | 111 | 51 (2) | Anlagen zum Lackieren von Gegenständen oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen, soweit die Lacke organische Lösungsmittel enthalten und von diesen 25 kg bis weniger als 250 kg je Stunde eingesetzt werden |
| | | 112 | 52 (1 + 2) | Anlagen zum Bedrucken von bahnen- oder tafelförmigen Materialien mit Rotationsdruckmaschinen einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen |
| | | 113 | 53 (2) | Anlagen zum Beschichten oder Imprägnieren von bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit Kunststoffen oder Gummi unter Einsatz von 25 kg bis weniger als 250 kg organischen Lösungsmitteln je Stunde |
| | | 114 | 511 (2) | Anlagen zur Herstellung von Polyurethanformteilen oder zum Ausschäumen von Hohlräumen mit Polyurethan mit einer Leistung von weniger als 200 kg oder mehr je Stunde beträgt |
| | | 115 | 62 (1 + 2) | Anlagen, die aus einer oder mehreren Papiermaschinen sowie Maschinen zur Herstellung von Papier, Karton, Pappe oder Wellpappe bestehen (*) |
| | | 116 | 71 (1) | Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder zum Halten von Schweinen mit |
| | | | a) 14 000 bis weniger als 31 000 Hennenplätzen, b) 28 000 bis weniger als 102 000 Jungentenplätzen, c) 28 000 bis weniger als 102 000 Mastgeflügelplätzen, d) 335 bis weniger als 1 900 Mastschweinplätzen oder e) 175 bis weniger als 640 Sauenplätzen | auch soweit nicht genehmigungsbedürftig |
| | | 117 | 74 (2) | Anlagen zum fabrikmäßigen Verarbeiten von Kerntönen, Geräusen, Fleisch oder Fisch für die menschliche Ernährung durch Erwärmen |
| | | 118 | 76 (1) | Anlagen zur Herstellung von Gelatine, Hautleim, Lederleim oder Knochenleim |
| | | 119 | 710 (1) | Anlagen zum Lagern oder Aufarbeiten unbehandelter Tierhaare mit Ausnahme von Wolle, ausgenommen Anlagen für die Herstellung von Tierhaare in Anlagen, die nicht durch Nr. 89 erfüllt werden |
| | | 120 | 713 (2) | Anlagen zum Trocknen, Einsalzen, Lagern oder Einheften ungegerbter Tierhäute oder Tierfelle |
| | | 121 | 714 (2) | Anlagen zum Gerben einschließlich Nachgerben von Tierhäuten oder Tierfellen sowie Lederfabriken |
| | | 122 | 722 (2) | Anlagen zur Herstellung von Hele oder Starkemehlen |
| | | 123 | 728 (2) | Anlagen zum Rohlen von Kaffee mit einer Leistung von 75 kg oder mehr je Stunde |
| | | 124 | 730 (2) | Anlagen zum Rosten von Kaffee-Ersatzprodukten, Getreide, Kaffee oder Nüssen |
| | | 125 | 731 (2) | Anlagen zur Herstellung von Lakritz oder Schokolade |
| | | 126 | 732 (2) | Anlagen zur Herstellung von Milchpulver |
| | | 127 | 84 (1 + 2) | Anlagen, in denen feste Abfälle, auf die die Vorschriften des Abfallgesetzes Anwendung finden, aufbereitet werden sowie Anlagen, in denen Stoffe aus in Hausabfällen anfallenden oder aus gleichartigen Abfällen durch Sortieren für den Wirtschaftskreislauf zurückgewonnen werden, jeweils mit einer Leistung von 1 Tonne oder mehr je Stunde |
| | | | | Kompostwerke |
| | | 128 | 85 (1) | Anlagen zum Umschlagen von festen Abfällen i. S. von § 1 Abs. 1 des Abfallgesetzes mit einer Leistung von 10 t oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfallt |
| | | 129 | 910 (1) | |

• Abstandserlaß

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Nummer (Spalte) der 4 RmSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|---------------------------------------|--|
| V | 300 | 130 | 10 7 (2) | Anlagen zum Vulkanisieren von Natur- oder Synthekautschuk unter Verwendung von Schwefelverbindungen, ausgenommen Anlagen, in denen weniger als 50 kg Kautschuk je Stunde verarbeitet werden oder - ausschließlich vorvulkanisierter Kautschuk eingesetzt wird |
| | | 131 | 10 8 (2) | Anlagen zur Herstellung von Bauteilschutz-, Beschichtung-, Holzschutz- oder Klebemitteln mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen, in denen diese Mittel ausschließlich unter Verwendung von Wasser als Verdünnungsmittel hergestellt werden |
| | | 132 | 10 9 (2) | Anlagen zur Herstellung von Holzschutzmitteln unter Verwendung von halogenierten aromatischen Kohlenwasserstoffen |
| | | 133 | 10 12 (2) | Anlagen zum automatischen Reinigen, Abblenden oder Verschleifen von Flächen aus Glas mit einer Leistung von 2.500 Flächen oder mehr je Stunde (*) |
| | | 134 | 10 14 (2) | Gattersägen, wenn die Antriebsleistung eines Gatters 1 kW oder mehr beträgt sowie Furnier- oder Schälwerke |
| | | 135 | - | Abwasserbehandlungsanlagen |
| | | 136 | - | Anlagen zur Gewinnung oder Aufbereitung von Sand, Hims, Kirs, Ton und Lehm |
| | | 137 | - | Anlagen zur Herstellung von Bauelementen oder in Serien gefertigten Holzbauten |
| | | 138 | - | Erdauhub- oder Bauchdruckpumpen |
| | | 139 | - | Stiemschleifern, -schleifereien oder -polierereien |
| | | 140 | - | Anlagen zur Herstellung von Terrazzowaren (*) |
| | | 141 | - | Anlagen zur Herstellung von Schienenfahrzügen |
| | | 142 | - | Preßwerke (*) |
| | | 143 | - | Stab- oder Drahtziehereien (*) |
| | | 144 | - | Schwermaschinenbau |
| | | 145 | - | Emallieranlagen |
| | | 146 | - | Schrottplätze |
| | | 147 | - | Betriebsabfälle der Müllabfuhr oder der Straßendienst (*) |
| | | 148 | - | Spezialanlagen aller Art sowie Betriebe zum Umachlag größerer Gütermengen (*) |
| | 200 | 149 | 2 9 (2) | Anlagen zum fabrikmäßigen Säurepolieren oder Mattieren von Glas oder Glaswaren unter Verwendung von Flusssäure |
| | | 150 | 2 10 (2) | Anlagen zum Brennen keramischer Kzeugteile unter Verwendung von Tonen, soweit der Rauminhalt der Brennanlage 3 m ³ oder mehr und die Restschicht beträgt, ausgenommen elektrisch beheizte Brennanlagen, die diskontinuierlich und ohne Abfuhrführung betrieben werden |
| | | 151 | 3 4 (1 + 2) | Schmelzanlagen für Nichtfermetalle für einen Einsatz von 30 bis weniger als 1 000 kg (s. auch Lfd. Nr. 28 und 85) |
| | | 152 | 3 8 (2) | Anlagen, die aus einer oder mehreren Druckgießmaschinen mit Zulaßströfen von 3 Megatonnen oder mehr bestehen |
| | | 153 | 3 10 (2) | Anlagen zur fabrikmäßigen Oberflächenbehandlung von Stahlteilen unter Verwendung von Fluß- oder Salpeterminerale, ausgenommen Chromatieranlagen |
| | | 154 | 3 20 (2) | Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Stahlbauteilen, die in einem Wälzlager, in einem Schleif- oder Blechwalzen mit Strahlmittelanlagen, die geschlossen sind und bei denen das Strahlmittel im Kreislauf geföhrt wird |

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd Nr | Nummer des 4 BlmSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|--------|----------------------------|--|
| VI | 200 | 155 | 5.7 (2) | Anlagen zur Verarbeitung von flüssigen ungesättigten Polyesterharzen mit Styrol-Zusatz oder flüssigen Epoxidharzen mit Aminen zu a) Formmassen (z. B. Harzmaten oder Faser-Formmassen) oder b) Formteilen oder Fertigerzeugnissen, soweit keine getriebenen Werkzeuge (Formen) verwendet werden, für einen Harzverbrauch von 500 kg oder mehr je Woche z. B. Bootbau, Fahrzeugbau oder Möbelfertigung |
| | 156 | | 5.10 (2) | Anlagen zur Herstellung von künstlichen Schmelzsteinen, -körnern, -spindeln oder -geweben unter Verwendung organischer Binder- oder Lösungsmittel |
| | 157 | | 7.1 (1) | Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder zum Halten von Schweinen mit a) 3.200 bis weniger als 14.000 Hennenplätzen, b) 6.400 bis weniger als 28.000 JungHennenplätzen, c) 6.400 bis weniger als 28.000 MastHefeplätze, d) 102 bis weniger als 325 MastSchweinplätze oder e) 40 bis weniger als 175 Sauenplätze auch soweit nicht genehmigungsbedürftig |
| | 158 | | 7.5 (2) | Anlagen zum Räuchern von Fleisch- oder Fischwaren, ausgenommen - Anlagen in Gaststätten - Räucherherden mit einer Räucherleistung von weniger als 1.000 kg Fleisch- oder Fischwaren je Woche |
| | 159 | | 7.20 (2) | Anlagen zum Trocknen von Getreide, Mehl oder Tabak unter Einsatz von Gebäuden, ausgenommen Anlagen zur Trocknung von selbstgewonnenem Getreide oder Tabak im landwirtschaftlichen Betrieb |
| | 160 | | 7.21 (2) | Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 100 t bis weniger als 500 t je Tag |
| | 161 | | 7.27 (2) | Melassebrennereien, Bierbierbrennereien, Branntwein- oder Brauerieen mit einem Ausstoß von 5000 hl Bier oder mehr je Jahr |
| | 162 | | 7.28 (1) | Anlagen zur Herstellung von Speiseölen aus tierischen oder pflanzlichen Stoffen unter Verwendung von Säuren |
| | 163 | | 10.10 (2) 10.11 (2) | Anlagen zum Färben oder Bleichen von Flocken, Garben oder Garbenstrahlen unter Verwendung von Triebwerkmaschinen, alkalischen Stoffen, Chemikalien, Verbindungen einschließlich der Spannbrennanlagen, ausgenommen Anlagen, die unter erhöhtem Druck betrie- rieben werden |
| | 164 | | 10.13 (2) 10.15 (2) | Automatische Autowachstraßen (*) Prüfstände für oder mit Verbrennungsmotoren oder Gasturbinen mit einer Leistung von 300 kW oder mehr |
| | 164 | | - | Anlagen zum Bau von Kraftfahrzeugkarosserien und -einhängern |
| | 167 | | - | Maskinenfabriken oder Maskinenreparatur |
| | 168 | | - | Pressereien oder Stanzen (*) |
| | 169 | | - | Anlagen zur Herstellung von Kabeln unter Verwendung von Bitumen |
| | 170 | | - | Anlagen zur Herstellung von Möbeln, Klappen und Pa- letten aus Holz und sonstigen Holzwaren |
| | 171 | | - | Zimmerleiten (*) |
| | 172 | | - | Fleischverarbeitungsbetriebe ohne Verarbeitung |
| | 173 | | - | Auslieferungslager für Tiefkühlkost (*) |
| | 174 | | - | Brotfabriken oder Fabriken zur Herstellung von Dau- erbackwaren |
| | 175 | | - | Margarine- oder Kunstsalzfabriken |
| | 176 | | - | Milchverwertungsanlagen ohne Trockenmilcherzeu- gung |

Abstandserlaß

| Abstands- klasse | Abstand in m | Lfd. Nr. | Nummer (Spalte) der 4 BimSchV | Betriebsart |
|---------------------|-----------------|----------|--|---|
| VI | 200 | 177 | - | Autobusunternehmen, auch des öffentlichen Personen- nahverkehrs (*) |
| | | 178 | - | Anlagen zum Be- oder Entladen von Schüttgütern bei Getreideannahmestellen, soweit weniger als 200 t Schüttgut je Tag bewegt werden können, ausgenom- men Anlagen zur Aufnahme von selbstgewonnenem Getreide im landwirtschaftlichen Betrieb |
| | | 179 | 24 (2) | Anlagen zum mechanischen Be- oder Verarbeiten von Abstreitzugmaschinen auf Maschinen |
| | | 180 | 74 (2) | Betriebe zur Herstellung von Ferruggerischen (Kastli- nendensler, Casing-Betriebe) |
| | | 181 | - | Schleppseilen, Drehereien, Schleppseilen oder Schlei- ferseilen |
| VII | 100 | 182 | - | Anlagen zur Herstellung von Kunststoffteilen ohne Verwendung von Phenolharzen |
| | | 183 | - | Autolackierereien |
| | | 184 | - | Tuchereien oder Schreinerereien |
| | | 185 | - | Tapetenfabriken, die nicht durch Lfd. Nr. 112 oder 113 erfaßt werden |
| | | 186 | - | Fabriken zur Herstellung von Lederwaren, Koffern oder Taschen sowie Handschuhmaschinen oder Schuhfabriken |
| | | 187 | - | Kompostierungsanlagen |
| | | 188 | - | Anlagen zur Herstellung von Halbpennastoffen, Indu- striewatte oder Putzwolle |
| | | 189 | - | Spinnerereien oder Webereien |
| | | 190 | - | Kleiderfabriken oder Anlagen zur Herstellung von Textilien |
| | | 191 | - | Großwäschereien oder große chemische Reinigungs- anlagen |
| | | 192 | - | Betriebe des Fernseh-, Rundfunk-, Telefunken-, Telegra- fie- oder Elektrogeräteaues sowie der sonstigen elek- tronischen oder feinmechanischen Industrie |
| | | 193 | - | Bauhöfe |
| | | 194 | - | Anlagen zur Kraftfahrzeugüberwachung |
| | | 195 | - | Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten |
| | | 196 | - | Anlagen zur Runderneuerung von Reifen soweit weini- ger als 50 kg je Stunde Kautschuk eingebracht werden |

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II

"GEWERBEPARK SCHARRENBROICH-SÜD"

ANLAGE B. 2 ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

PFLANZLISTE

Pflanzliste

Alle zu verwendenden Pflanzen müssen heimischer Herkunft, d.h. sie müssen aus heimischen Gartenbaubetrieben und Baumschulen stammen.

1. Schutzhecken, Stellplatzbegrünung, Grenzbepflanzung

Bäume:

| | |
|-------------|-----------------------|
| Bergahorn | (Acer pseudoplatanus) |
| Spitzahorn | (Acer platanoides) |
| Feldahorn | (Acer campestre) |
| Esche | (Fraxinus excelsior) |
| Stieleiche | (Quercus robur) |
| Feldulme | (Ulmus minor) |
| Winterlinde | (Tilia cordata) |
| Sommerlinde | (Tilia platyphyllos) |
| Moorbirke | (Betula pubescens) |

| | |
|--------------|--------------------|
| Vogelbeere | (Sorbus aucuparia) |
| Vogelkirsche | (Prunus avium) |

Sträucher:

| | |
|----------------------------|------------------------|
| Hasel | (Corylus avellana) |
| Weißdorn | (Crataegus monogyna) |
| Heckenkirsche | (Lonicera xylosteum) |
| Ohrweide | (Salix aurita) |
| Grauweide | (Salix cinerea) |
| Hartriegel | (Cornus sanguinea) |
| Pfaffenhütchen | (Euonymus europaeus) |
| Faulbaum | (Frangula alnus) |
| Gewöhnlicher Schneeball | (Viburnum lantana) |
| Wolliger Schneeball | (Viburnum opulus) |
| Hundsrose | (Rosa canina) |
| Schlehe | (Prunus spinosa) |
| Sanddorn | (Hippophae rhamnoides) |

2. Fassadenbegrünung:

ohne Rankhilfe:

| | |
|------------------|-------------------------------|
| Efeu | (Hedera helix) |
| Kletterwein | (Parthenocissus tricuspidata) |
| Kletterhortensie | (Hydrangea petiolaris) |

mit Rankhilfe:

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Strahlengriffel | (Actinidia arguta) |
| Pfeifenwinde | (Aristolochia macrophylla) |
| Baumwürger | (Celastrus orbiculus) |
| Anemonenwaldrebe | (Clematis montana rubens) |
| Gewöhnliche Waldrebe | (Clematis vitalba) |
| Knöterich | (Polygonum aubertii) |
| Hopfen | (Humulus lupulus) |
| Immergrünes Geißblatt | Lonicera henryi) |
| Waldgeißblatt | Lonicera periclymenum) |

3. Dachbegrünung:

Stauden:

| | |
|---------------------|------------------------|
| Heidenelke | (Dianthus deltoides) |
| Habichtskraut | (Hieracium pilosella) |
| Scharfer | |
| Mauerpfeffer | (Sedum acre) |
| Weißer Fetthenne | (Sedum album) |
| Tripmadam | (Sedum reflexum) |
| Milder Mauerpfeffer | (Sedum sexangulare) |
| Echte Hauswurz | (Sempervivum tectorum) |
| Habichtskraut | (Hieracium pilosella) |

Gräser:

| | |
|--------------------|-------------------|
| Dach-Trespe | (Bromus tectorum) |
| Knolliges | |
| Rispengras | (Poa bulbosa) |
| Flaches Rispengras | (Poa compressa) |

4. Verkehrsbegleitgrün

Leitbaumarten für die Erschließungsstraßen:

| | |
|-------------|-----------------------|
| Spitzahorn | (Acer plantanoides) |
| Winterlinde | (Tilia cordata) |
| Sommerlinde | (Tilia platyphyllos) |
| Esche | (Fraxinus excelsior) |
| Bergahorn | (Acer pseudoplatanus) |

Als Verkehrsbegleitgrün unter den Einzelbäumen sollten niedrige Gehölze und Bodendecker sowie Stauden Verwendung finden wie z.B.:

| | |
|-------------------|---|
| Storchenschnabel | (Geranium macrorrhizum) |
| Goldnessel | (Lamium galeobdolon) |
| Gedenkmeine | (Omphalodes verna) |
| Beinwell | (Symphytum officinalis) |
| Immergrün | (Vinca minor) |
| Efeu | (Hedera helix) |
| Johanniskraut | (Hypericum calycinum) |
| Apfelrose | (Rosa rugosa 'Max Graf'/'Dagmar Hastrup') |
| Kriechweide | (Salix repens alba) |
| Rote Sommerspiere | (Spirea 'Anthony Waterer') |

Eine einzelne Art ist mind. auf einer Gesamtfläche von 5 m zu verwenden, um ein einheitliches Bild zu erzielen.

5. Grünfläche östlich und nördlich des Pannhofes (Grünland mit Obstbäumen).

Alte Obstbaumsorten:

- Apfelsorten:

| | |
|------------------------|--------------|
| Baumanns Renette | Brettacher |
| Hauxapfel | Jakob Lebel |
| Kaiser Wilhelm | Prinzenapfel |
| Schöner von Nordhausen | Winterrambur |

- Birnensorten:
Bosc's Flaschenbirnen Gellerts Butterbirne
Schweizer Wasserbirne

- Süsskirschen:
Büttner Rote Knorpel Frühe Rote Meckenheimer
Schneiders Späte Knorpel

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II

"GEWERBEPARK SCHARRENBROICH-SÜD"

ANLAGE B. 3 ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

SORTIMENTSABGRENZUNG FÜR EIN GARTENCENTER

Sortimentsabgrenzung zur Vermeidung negativer städtebaulicher Auswirkungen i.S.d. § 11 Abs. 3 BauNVO für ein

G A R T E N C E N T E R

Abgrenzung des Sortiments für ein Gartencenter

entsprechend der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ *) und dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB *)

Das Sortiment eines Gartencenters umfaßt folgende Wirtschaftsklassen:

aus WZ 433 15 Einzelhandel mit Hausrat aus Eisen, Metall und Kunststoff (ohne Öfen, Herde, elektrotechnische Erzeugnisse, Schneidwaren)

- | | |
|--------|---|
| WB 640 | Balkon-, Terrassen- und Garteneinrichtungen, a.n.g. *) (einschl. Campingmöbel) |
| WB 643 | Bodenbearbeitungs- und verwandte Geräte, Schneidgeräte für Garten, Land- und Forstwirtschaft (ohne Elektrowerkzeuge bis 2 kW und Landmaschinen) |
| WB 644 | Sonstige Bedarfsartikel für Garten, Land- und Forstwirtschaft, a.n.g., Stiele |
| WB 647 | Drahtgeflechte, gewebe und -zubehör |

aus WZ 436 61 Drogerien (einschließlich Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen und Chemikalien a.n.g.)

- | | |
|--------|--|
| WB 845 | Saaten- und Pflanzenschutzmittel sowie Schädlingsbekämpfungsmittel (ohne Haushaltsschädlingsbekämpfungsmittel) |
|--------|--|

* WZ = Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Kurzbezeichnung, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden

* WB = Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden

* a.n.g. = anderweitig nicht genannt

aus WZ 439 10 Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen

- WB 971 Baumschulpflanzen (ohne Containerpflanzen und Stauden)
- WB 972 Containerpflanzen (Pflanzen in Containern ab 1,5 l Rauminhalt)
- WB 973 Freilandstauden, Wasserpflanzen (ohne Schnittblumen und -grün)
- WB 974 Topf- und Beetpflanzen als Halbfertigware (ohne Ziergehölze, Freilandstauden und Wasserpflanzen)
- WB 975 Topf- und Beetpflanzen als Fertigware (ohne Ziergehölze, Freilandstauden und Wasserpflanzen)
- WB 976 Schnittblumen und -grün, frisch
- WB 978 Getrocknete Blumen u.a. Pflanzen und Pflanzenteile für Binde- und Zierzwecke a.n.g., fertige Blumenbindereierzeugnisse
- WB 979 Blumenbinderei- und Gärtnereibedarf, a.n.g.

aus WZ 439 20 Einzelhandel mit zoologischem Bedarf, lebenden Tieren, Sämereien

- WB 970 Samen, Zwiebeln, Knollen u.ä. von Blumen, Zier- und Baumschulpflanzen
- WB 980 Saatgut von Gemüse und Hülsenfrüchten zur Aussaat
- WB 981 Anderes Saatgut zur Aussaat (ohne Saat- und Pflanzgut für Blumen, Zier- u.a. Baumschulpflanzen)
- WB 989 Düngemittel (ohne Düngemittel in Tabletten, Pastillen u.ä. oder in Packungen von 10 kg oder weniger, Blumen- und Rasendünger)

GEMEINDE RÖSRATH
BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II
"GEWERBEPARK SCHARRENBROICH-SÜD"

ANLAGE B. 4 ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

SORTIMENTSABGRENZUNG FÜR EINEN BAU- UND HEIMWERKERMARKT

Sortimentsabgrenzung zur Vermeidung negativer städtebaulicher Auswirkungen i.S.d. § 11 Abs. 3 BauNVO für ein

B A U- U N D H E I M W E R K E R M A R K T

Das Baumarktsortiment umfaßt folgende Wirtschaftsklassen:

aus WZ 432 73 Einzelhandel mit Bodenbelägen (ohne Teppiche)

- | | |
|--------|---|
| WB 212 | Textiler Bodenbelag als Bahnenware |
| WB 214 | Textile Bodenfliesen |
| WB 218 | Nichttextile Bodenbeläge (ohne Bodenbeläge aus Holz, feinkeramische Bodenfliesen u.a. mineralische Bauelemente wie Linoleum, Kunststoffbodenbelag, Kautschukbodenbelag) |

aus WZ 433 13 Einzelhandel mit Schrauben, Kleineisenwaren, Werkzeugen, Bauartikeln u.ä.

- | | |
|--------|--|
| WB 597 | Draht und Drahtseile aus Stahl (ohne Walzdraht) |
| WB 610 | Zangen, Scheren (ohne Scheren zur Verwendung in der Landwirtschaft, Küchen- und Tafelscheren) |
| WB 611 | Fäustel, Hämmer, Ambosse, Schraubstöcke, Ausbeul-, Handniet-, Stemm-, Bolzensetzwerkzeuge u.ä. |
| WB 612 | Schraubwerkzeuge, Abziehvorrichtungen (ohne Elektrowerkzeuge) |

* WZ = Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Kurzbezeichnung, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden

* WB = Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden

* a.n.g. = anderweitig nicht genannt

- WB 613 Beitel, Hobeisen, Hobel, Schnitzwerkzeuge, Feilen, Raspeln, Äxte und Beile
- WB 614 Sägen, Sägeblätter (ohne Hartmetall- und Diamantwerkzeuge)
- WB 615 Zieh-, Abdreh-, Kordierwerkzeuge u.ä. Bohr- und Schleifapparate, Ölkännchen, Fettspritzen u. dgl. (ohne Hartmetall- und Diamantwerkzeuge und Elektrowerkzeuge)
- WB 616 Maschinenmesser (ohne solche für Küchenmaschinen, Hartmetall- und Diamantwerkzeuge)
- WB 617 Hartmetall- und Diamantwerkzeuge
- WB 618 Montage- und Sonderwerkzeuge, a.n.g. Werkzeugzusammenstellungen (ohne solche aus 610 bis 617, Spezialschutzbekleidung, Anreiß- und Meßzeuge, Feinmeßzeuge und Arbeitsmesser)
- WB 619 Einfache Anreiß- und Meßzeuge für Handwerker (einschl. Maßstäbe, aber ohne Feinmeßzeuge, Präzisionsmeßstäbe und Zeicheninstrumente)
- WB 620 Maschinen- und Präzisionswerkzeuge für die Metallzerspanung (ohne Sägeblätter, Maschinenmesser, Hartmetall- und Diamantwerkzeuge)
- WB 621 Maschinenspannzeuge, -vorrichtungen, -schnitt-, stanz- und formwerkzeuge a.n.g. (ohne Hartmetall- und Diamantwerkzeuge)
- WB 622 Sonstige Maschinen- und Präzisionswerkzeuge, a.n.g. (ohne Hartmetall- und Diamantwerkzeuge)
- WB 623 Elektrowerkzeuge bis 2 kW
- WB 624 Werkstatteinrichtungen, Regalsysteme
- WB 625 Baugeräte, a.n.g., Laternen
- WB 626 Gerüste, Leitern
- WB 627 Handtransportgeräte (ohne Spielwaren, Tee-, Servier- und Kinderwagen)
- WB 629 Lager-, Transport- u.ä. Behälter aus Metall und Kunststoff bis 100 m³ (ohne Verpackungsmittel, Bürobehälter, Spezialbehälter für die Landwirtschaft, Tafel-, Küchen- u.ä. Haushaltsgeräte)

- WB 630 Fensterbeschläge
- WB 631 Tür- und sonstige Baubeschläge (ohne Fensterbeschläge)
- WB 632 Möbel- und Zierbeschläge
- WB 633 Sonstige Beschläge, a.n.g. (ohne Waggon-, Weichensanitäre und Fahrzeugbeschläge)
- WB 634 Schlösser, Schloßbestandteile, Schlüssel (ohne Fahrzeugschlösser und -schlüssel; diese siehe 7750 und 7879)
- WB 635 Schrauben, Scheiben, Kegel- und Kerbstifte, Splinte
- WB 636 Stifte, Nägel, Niete (ohne Büroklammern, Kegel-Kerb-, Dekorationsstifte, Stahlnägel, Bilderhaken und Befestigungsmaterial)
- WB 637 Drahtkurzwaren, Befestigungsmaterial a.n.g. Gardinenstangen, -bretter
- WB 638 Transport- und sonstige Rollen, Federn (ohne Uhrfedern, Bau- und Möbelbeschläge)
- WB 6392 Buchstaben, Zahlen, Schriften aus Metall und Kunststoff (ohne Preiszahlen und -schilder)
- WB 650 Spielgeräte für Garten und Spielplatz (ohne bewegliche Spielwaren)
- WB 698 Bauelemente und sonstige Bauteile aus Metall und Kunststoff (ohne Kunststoffplatten)
- WB 6980 Bauprofile aus Metall und Kunststoff
- WB 6982 Fenster, Fensterzargen, Fensterbänke aus Metall und Kunststoff z.B. Wohnraum-, Dach-, Büro-, Keller-, Industriefenster
- WB 6983 Türen, Tore, Türzargen aus Metall und Kunststoff z.B. Zimmer-, Hauseingangs-, Balkon-, Keller-, Feuerschutz-, Flügel-, Hebe-, Schiebe-, Dreh-, Falt-, Pendel-, Aufzugstüren, Garagen-, Kipp-, Schwingtore
- WB 6984 Fertigtreppe und Treppenelemente aus Metall und Kunststoff
- WB 6985 Wand- und Deckenverkleidungen aus Metall z.B. Innenwand-, Außenwandverkleidungen, Fassadenverkleidungselemente

- WB 6986 Innenwände aus Metall und Kunststoff z.B. Unterkonstruktionen, leichte Trenn-, Falt-, Schrank-, Lichtwände (transparent), Deckenanschlüsse
- WB 6987 Sonnenschutz- und Verdunkelungsanlagen aus Metall und Kunststoff (auch Rollos und Markisen aus textilen u.a. Stoffen) z.B. Jalousien, Jalousetten, Rolläden, Klappläden, Sonnenschutzblenden
- WB 6989 Sonstige Bauelemente und Bauteile aus Metall und Kunststoff, a.n.g. z.B. Briefkastenanlagen, Fußabstreifgitterroste, Lichtschächte, Geländer, Haustürvordächer, Kamin-, Heizkörperverkleidungen, Profil-, Sockel-, Abschluß-, Treppenstufenleisten

aus WZ 433 15 Einzelhandel mit Hausrat aus Eisen, Metall und Kunststoff (ohne Öfen, Herde, elektrotechnische Erzeugnisse, Schneidwaren)

- WB 640 Balkon-, Terrassen- und Garteneinrichtungen a.n.g. (einschl. Campingmöbel)
- WB 643 Bodenbearbeitungs- und verwandte Geräte, Schneidgeräte für Garten, Land- und Forstwirtschaft (ohne Elektrowerkzeuge bis 2 kW und Landmaschinen)
- WB 644 Sonstige Bedarfsartikel für Garten, Land- und Forstwirtschaft, a.n.g., Stiele
- WB 646 Ketten (ohne Schmuck, Gleitschutz-, Stahlgelenk-, und Hundeketten)
- WB 647 Drahtgeflechte, -gewebe und -zubehör

aus WZ 433 40 Einzelhandel mit Möbeln (ohne Büromöbel)

- WB 4983 Badezimmerschränke u.ä.

aus WZ 433 70 Einzelhandel mit Tapeten

- WB 76 Tapeten (einschließlich Wand- und Deckenbeläge)

aus WZ 433 80 Einzelhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung

- WB 680 Sanitäre Becken und Wannen, deren Zubehör (ohne Armaturen, Becken und Wannen aus Beton)

- WB 681 Wasserheizer für Zentral- und Einzel-Warmwasserbereitung, Badeöfen
- WB 682 Wassernachbehandlungsgeräte, Wasserzähler
- WB 683 Armaturen für die Wasserinstallation (ohne Schlauch- und Feuerlöscherarmaturen)
- WB 684 Öl- und Gasarmaturen, Armaturen für die Heizungsinstallation
- WB 685 Heizkörper, -kessel, Ausdehnungsgefäße, Brenner, Steuerungen, Öl- und Gaszähler
- WB 687 Haltevorrichtungen, Dichtungs- und Isoliermaterial für Installationszwecke (ohne Isolierbänder und Bautenschutzmittel)
- WB 688 Dachrinnen, Kanalartikel aus Metall und Kunststoff
- WB 689 Sanitärzellen, Installationswände, Schwimmbecken, Saunas

aus WZ 433 90 Einzelhandel mit Holzwaren, a.n.g. Korb-, Kork- und Flechtwaren, Kinderwagen

- WB 517 Zugerichtete natürliche Borsten und Haare, Bürsten und Besen für technische Zwecke

aus WZ 434 11 Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, a.n.g.

- WB 380 Elektromotoren und -generatoren (ohne Schweißstromerzeugungsaggregate und Fahrmotoren für Kraftfahrzeuge)
- WB 381 Transformatoren, Stromrichter (ohne Übertrager und Drosselspulen für die Nachrichtentechnik, Dreh-, Schweißtransformatoren, Schweißstromrichter und Spielzeugtransformatoren)
- WB 382 Akkumulatoren und -batterien, Primärelemente, Starkstromkondensatoren (ohne Akkumulatoren und -batterien für Fahrzeugantrieb- und -beleuchtung, Starkstromkondensatoren der Fernmelde- und Hochfrequenztechnik)
- WB 384 Hoch- und Niederspannungsschaltgeräte und -anlagen

- WB 385 Installationsgeräte bis 1 000 V
- WB 387 Elektrorohre, isolierte Drähte und Leitungen, Kabel, Kabelgarnituren, Frei- und Fahrleitungsarmaturen, (ohne Fahrzeugkabel und -kabelsätze)
- WB 390 Elektrische Geräte für Gewerbe, a.n.g. (ohne Elektrowerkzeuge bis 2 kW, Heißwasserbereiter, Friseur-, Dental- und Laborgeräte)
- WB 394 Glüh- und Entladungslampen (ohne Foto-, Kino- und Fahrzeuglampen)
- WB 3987 Elektrische Zeitauslöser und Zeitschaltgeräte

aus WZ 434 20 Einzelhandel mit Leuchten

- WB 3933 Batterie- und Dynamoleuchten (ohne Kraftfahrzeug- und Fahrradleuchten)
- WB 3935 Sonstige Leuchten (ohne Foto- und Kinoleuchten, Elektronenblitzgeräte, Kraftfahrzeug- und Fahrradleuchten, Wohnraumwand- und Deckenleuchten, andere Wohnraumleuchten) z.B. Flutlichtstrahler, Werbe-, Signal-, Unterwasserleuchten, Christbaumketten)
- WB 3939 Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für elektrische Leuchten, a.n.g. (ohne solche für Foto-, Kino-, Fahrzeugleuchten und Elektronenblitzgeräte)

aus WZ 436 65 Einzelhandel mit Feinseifen, Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln, Bürstenwaren

- WB 1596 Haushaltsbürsten und -besen (auch Staubwedel u.ä. aber ohne Stiele z.B. Toilettenbürsten)

aus WZ 436 80 Einzelhandel mit Lacken, Farben

- WB 72 Anstrichfarben (ohne Unterrichts-, Künstlerfarben, Lacke und Lackfarben)
- WB 73 Klebstoffe, Klebemörtel, Bodenspachtel, Tapeten-trennmittel
- WB 74 Lacke und Lackfarben (einschließlich Politur- und Mattierungen)

WB 75 Sonstige Anstrichstoffe, Malerpinsel und -bürsten
 (ohne Unterrichts-, Künstlerfarben und -malmittel)

aus WZ 438 15 Einzelhandel mit Kraftwagenteilen, -zubehör und
-reifen

WB 774 Elektrische Betriebsausrüstung für Verbrennungs-
 motoren und Kraftwagen, Tachometer u.ä. feinmecha-
 nische Kraftwagenteile

WB 775 Andere Kraftwagenteile, a.n.g. (ohne Bereifungen)

WB 777 Bereifungen (ohne solche für Kraft- und Fahrräder)

WB 778 Kraftwagenzubehör, a.n.g.

WB 779 Autopflegemittel

aus WZ 438 50 Einzelhandel mit Zweirädern, Zweiradteilen, -zube-
hör und -reifen

WB 783 Andere Kraftradteile und Zubehör, a.n.g.

WB 785 Elektrische Ausrüstung, Tachometer u.ä., Bereifungen
 für Fahrräder

WB 787 Andere Fahrradteile und Zubehör, a.n.g.

aus WZ 439 70 Einzelhandel mit Brennstoffen nur Einzelhandel mit
Holzkohle und Gaskartuschen

aus WZ 439 91 Einzelhandel mit sonstigen Waren a.n.g. (ohne Ge-
brauchtwaren, a.n.g.)

WB 4105 Arbeitsschutzbrillen

WB 593 Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug und
 Oberbaumaterial für Feld- und Industriebahnen)

WB 594 Weiterverarbeiteter Walzstahl

WB 595 Stahl- und Kunststoffrohre (einschl. Rohrverbin-
 dungsteile, aber ohne Elektro-, Guß-, Öfen- und
 Regenrohre)

WB 598 Schmiedehalbzeug, Schmiedestücke, a.n.g. aus Stahl

- WB 599 Eisen-, Stahl- und Tempergußzeugnisse, a.n.g.
Preß-, Zieh- und Stanzteile aus Stahl, a.n.g.
- WB 602 Halbzeug aus Leichtmetall und -legierungen
- WB 603 Halbzeug aus Kupfer und legierungen
- WB 604 Halbzeug aus anderen NE-Metallen und -legierungen
(ohne Edelmetallhalbzeug)
- WB 605 Gußzeugnisse aus NE-Metallen und -legierungen
(ohne Edelmetallgußzeugnisse)
- WB 690 Rohholz, auch entrindet oder grob zugerichtet;
imprägnierte Stangen, Maste, Pfähle
- WB 692 Schnittholz, Schwellen, Schwarten, Spreißel, Späne,
Hackschnitzel, verleimte Balken, Zäune, Schalungs-
tafeln aus Vollholz
- WB 693 Hobelware, Wand- und Deckenverkleidungen aus Holz
und Kunststoff (ohne Bodenbeläge)
- WB 694 Furniere, Sperrholz, Holzfaser- und Holzspanplatten,
Kunststoffplatten, a.n.g. (ohne Wand- und Decken-
verkleidungen)
- WB 696 Bauelemente und sonstige Bauteile aus Holz, a.n.g.
(ohne Holzplatten)
- WB 70 Baustoffe, mineralische Bauelemente, Flachglas,
Fertigteilbauten und ähnliches
- WB 840 Hanf- und Hartfasererzeugnisse a.n.g.
- WB 841 Schläuche, technische Gummi-, Lederwaren, a.n.g.
(ohne Bereifungen und chirurgische Schläuche)
- WB 842 Schweißdraht, Stabelektroden, Schleifmittel (ohne
Diamantschleifkörper)
- WB 843 Sonstiger technischer Bedarf, a.n.g.
- WB 844 Halbzeug aus Kunststoff, a.n.g.
- WB 8496 Bautenschutzmittel (ohne Holzschutz-, Brandschutz-
und Isolieranstrichmittel) z.B. Betonschutzmittel,
Putzhärter, Entschalungsmittel, Spachtel-, Verguß-
massen, Abdichtungskitte, Dichtungsbänder
- WB 8497 Wachse und Wachswaren, a.n.g. (ohne Kerzen)

- WB 8499 Sonstige chemisch technische Erzeugnisse, a.n.g.
z.B. Kautschukhilfs-, Schweißhilfsmittel, Härter
und Stabilisatoren für Kunststoffe, Feuerlösch-
mittel, Isoliermassen für die Elektrotechnik, Säure-
kitt, Anlaß-, Glüh-, Härtesalze
- WB 9048 Pflanzliche und tierische Fette und Öle, bearbeitet
(ohne Firnisse, Öle u.a. für Anstrichfarben, tech-
nische Fettsäuren
- WB 9295 Bitumen und Bitumenemulsionen

GEMEINDE RÖSRATH

BEBAUUNGSPLAN NR. 25/II

"GEWERBEPARK SCHARRENBROICH-SÜD"

ANLAGE B. 5 ZU DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN

ÜBERSICHTSPLAN ZUR ZONIERUNG DER SCHALLSCHUTZKLASSEN

UND AUSZUG AUS DER VDI - RICHTLINIE 2719

(Sachverständigenbüro Uppenkamp und Partner, Ahaus)

| | |
|-----------------------|--|
| Entwurf: ZH | Objekt: Gem. Rösrath, B-Plan 25/M "Scharrenbroich-Süd" |
| Maßstab: 1 : 2.500 | Zeichnung Titel: Verkehrslärm einfluß, Freiraumbelastungen, Schallschutzklassen |
| Farbe: | Darstellung: Schallschutzklasse 1 (SSK 1) Schallschutzklasse 2 (SSK 2) Schallschutzklasse 3 (SSK 3) |
| Datum: 26.01.1995 | Sachverständigenbüro: Uppekenkamp & Partner Boekhorn 28 48693 Ahlthaus |

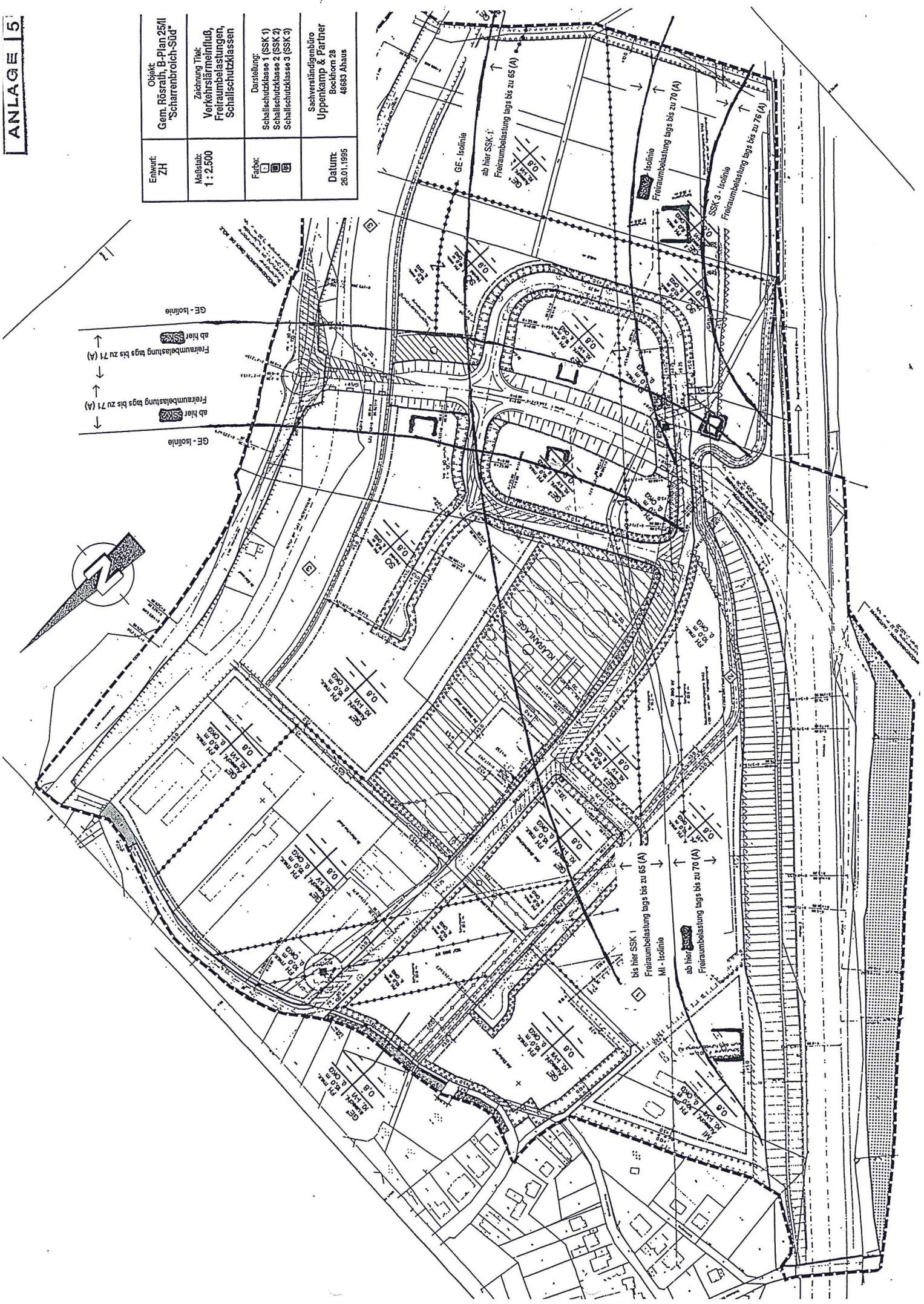


Tabelle 3. Beispielsammlung von Schallschutzfensterkonstruktionen

| Anforderungen an die Ausführung der Konstruktion*) | | 1 Einfachfenster | | 2 Verbundfenster*) | | 3 Kastenfenster*) | |
|--|---|--|---|--|---|---|---|
| Schallschutzklasse | bewertetes Schalldämm-Maß $R_{w, \text{des}}$ des funktionstüchtig eingebauten Fensters | 1.1 Einfachfenster mit Einfachverglasung | 1.2 Einfachfenster mit Isolierverglasung | 2.1 mit 2 Einfachscheiben | 2.2 mit 1 Einfach- und 1 Isolierglas-scheibe | 2.3 mit 1 Einfach-scheibe und 1 Aufsatzflügel | 2.4 mit 1 Isolierglas-1 Aufsatzflügel |
| | | Wegen des Einsatzes Vorschläge der Verordnungen beachten | | | | | |
| 1 | 25 bis 29 dB | A-Werte*) ≥ 4 mm ≥ 27 dB ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 8 mm ≥ 27 dB nicht erforderlich | A-Werte*) ≥ 6 mm keine Anforderungen nicht erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen nicht erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen nicht erforderlich |
| 2 | 30 bis 34 dB | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 32 dB ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 12 mm ≥ 32 dB ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 30 mm ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 4 mm + 4/12/4 keine Anforderungen ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich |
| 3 | 35 bis 39 dB | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 37 dB ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 12 mm ≥ 37 dB ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 40 mm ① + ①*) erforderlich | A-Werte*) ≥ 6 mm + 4/12/4 ≥ 40 mm ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① erforderlich |
| 4 | 40 bis 44 dB | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 45 dB ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 14 mm ≥ 50 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 50 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm + 6/12/4 ≥ 50 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich |
| 5 ⁴⁾ | 45 bis 49 dB | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 50 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 18 mm ≥ 60 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 60 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm + 8/12/4 ≥ 60 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich |
| 6 | ≥ 50 dB | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 55 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 20 mm ≥ 70 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm ≥ 70 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) ≥ 8 mm + 10/15/5 ≥ 70 mm ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich | A-Werte*) keine Anforderungen keine Anforderungen ① + ① erforderlich |

7) Die Angaben über die erforderlichen Gesamtgladdichten und Scheibenabstände (Scheibenwischenräume) können nach [43] rechnerisch ermittelt werden. Bei einer Berechnung muss jedoch nicht eine Prüfung nach DIN 52210, sondern eine Prüfung nach DIN 52211 durchgeführt werden.

1) **1-Weg:** Siehe dazu DIN 4108.

2) R_{∞} von Isolierverglasungen¹⁾ und Scheibenzwischenraum (SZR)²⁾

Wenn eine Vergleichseinheit verwendet wird, deren Aufbau von den unter „Gesamtdicke“ und „Scheibenzwischenraum“ angegebenen Werten abweicht, gilt als Beurteilungs- und Einstufungskriterium der genannte R_{m} -Wert der Vergleichs-, der nach DIN 52210

genannten Werten abweicht, gilt als deutende- und erklärende Angabe der Teil 3 in einem Prüfstand nach Teil 2 ermittelt worden sein muß. Die Verglasungseinheiten müssen eine dauerhafte und im eingebauten Zustand erhaltene Verglasungseinheit sein, die aus dem Teil 2 mit dieser Angabe abgeleitet ist.

Zustand gut sichtbare Kennzeichnung des Produktes sinngemäß wie DIN 1200 Teil 2 mit einem ausrechenbar im Maßstab 2:1

Siehe hierzu auch Abschnitt 2.6.
Die Tabelle gilt nur für Verglasungen nach DIN 18545 sowie für solche mit vorgefertigten Dichtprofilen.

3) Dichtungen

Dichtungsprofile müssen in einer Ebene ohne Überdeckung einmontiert werden. Die Dichtungselemente müssen sicherstellen, daß die Dichtungen eines Fensters im Sinne von Abschnitt 2.5, und die Bemessung der Profile (Abschnitt 2.6) müssen sicherstellen, daß die Dichtungen eines Fensters im Sinne von Abschnitt 2.5, Bel

letzter Absatz akustisch dicht sind. Sie sollen außerdem welchiedernd, elastisch, alterungsbeständig und ausverleimbar sein. Die Dichtung des Tauchwassergefäßes ist im Schweißraum zu verankern. Entsprechend Spalten 2.1, 2.2, 3.1 und 3.2 erhöht die Dichtung die Tauchwasserfestigkeit.

Konstruktionen entsprechende Spalten 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Unterbrechungen in der Dichtungsebene zwischen Aufhänger und Rahmen sowie auch zwischen inneren und äußeren Konstruktionen müssen zur schalltechnischen Beurteilung im Prüfstand nach DIN 52210 gemessen werden.

KONSTRUKTIONEN UND PERSPEKTIVEN DER BEWERTUNG

Bei Konstruktionen entsprechend Spalten 2,3 und 2,4 muß die Dichtung ① umlaufend und ohne Unterbrechung dicht angebracht werden. Die Möglichkeit der Tauwasserbildung im Scheitelpunktraum ist jedoch auch bei gleichmäßig anliegender Dichtung nicht auszuschließen.

7) Schallschutzklasse 6
Bei Fenstern der Schallschutzklasse 5 müssen alle Details in Konstruktion und Verarbeitung besonders sorgfältig beschützt werden. Die verschiedenen Einlässe (z.B. Undichtheiten, Körperschallübertragung) u.U. die Schalldämmung wesentlich verringern können, sollte in jedem Fall eine Baumusterprüfung im Prüfstand nach DIN 52120 vorgesehen werden.

1) Einfachfenster mit Isolierglas für die Klasse 5 müssen einer Baumusterprüfung im Prüfland nach DIN 52110 unterzogen werden.

Die höchste schalltechnische Wirkziffern weisen Konstruktionen auf, die die Klasse 5 angegebenen Werten liegen müssen. Außerdem sind schallabsorbierende Laibungen zwischen Außen- und Innenfenster zu empfehlen. Zur Verminderung von Körperschallübertragungen sollten die beiden Fenster schalltechnisch entkoppelt werden. Zu empfehlen ist ein Bauteil mit 1112/4 mm-teileigenschaften erreichen am Bau $R_w = 32$ dB.

9) Auf die Dichtung in der Stelle \odot kann verzichtet werden, wenn die Augenlugsel dicht am Blindrahmen anliegen und kein Luftspalt entsteht.

*) Bei Kasten-, Verbund- und aufgedoppelten Fenstern sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Wärmeverlust durch die Fensterrahmen zu vermindern. Bei Verbundfenstern ist die Dichtung des Fensterrahmens zu überprüfen. Bei Kastenfenstern ist die Dichtung des Fensterrahmens zu überprüfen. Bei aufgedoppelten Fenstern ist die Dichtung des Fensterrahmens zu überprüfen.

4 Anschluß der Fenster an den Baukörper

Die richtige Anschlußausbildung hängt von mehreren Einflüssen ab, besonders von

- den Beanspruchungen durch Bewegungen, Wind und Schlagregen,
- den verwendeten Fassadenbaustoffen und -arten,
- der Anschlagart.

Je nach zu erreichender Schallschutzklasse und Fensterkonstruktion werden bestimmte Maßnahmen zur Abdichtung zwischen Blendrahmen und Baukörper erforderlich, Bild 4.

Für die Schallschutzklassen 1 und 2 ist es im Regelfall ausreichend, die Anschlüsse des Blendrahmens an den Baukörper mit Schalldämmmaterial dicht auszustopfen oder auszufüllen.

Zur Erreichung der Schallschutzklassen 4 und 5 ist zusätzlich zur dichten Hinterfüllung mit Schalldämmmaterial die beidseitige dauerelastische Abdichtung erforderlich.

Bei der Schallschutzklasse 6 sind keine allgemein gültigen Angaben möglich.

Anmerkung: Bei allen Abdichtungsarbeiten sind die Vorschriften der Hersteller von Dichtungsmassen, Dichtungsprofilen, Folien und Schäumen, aber auch die Einbauvorschriften der Fensterhersteller zu beachten. Besondere Sorgfalt ist bei der Planung und Ausführung solcher Maßnahmen im Bereich der Fensterbank angebracht.

5 Schalldämmung von Zusatzeinrichtungen im Fensterbereich

Zur Kennzeichnung der Schalldämmung von Zusatzeinrichtungen im Fensterbereich (z.B. Lüftungseinrichtungen oder Rolladenkästen) wird das bewertete Schalldämm-Maß R_w , aber auch die bewertete Normschallpegeldifferenz $D_{n,w}$ (Bezugsfläche $A_0 = 10 \text{ m}^2$) verwendet. Die Umrechnung erfolgt nach Gleichung (4):

$$R_w = D_{n,w} + 10 \lg \frac{S}{A_0} \quad (4)$$

Es bedeuten:

R_w bewertetes Schalldämm-Maß in dB

$D_{n,w}$ bewertete Normschallpegeldifferenz nach DIN 52210 Teil 4 in dB

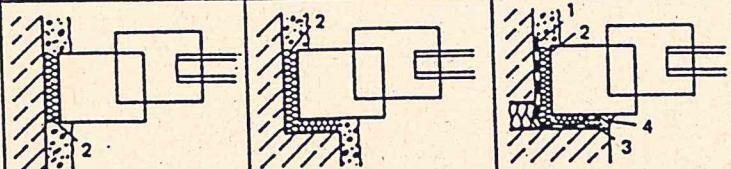
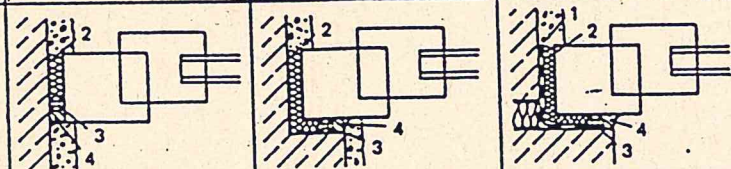
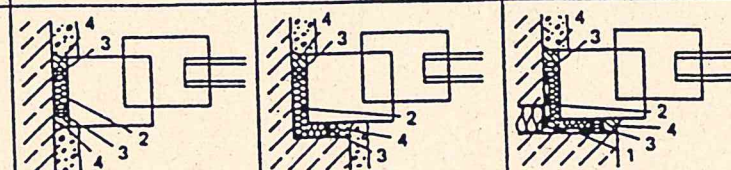
Anmerkung: Die bewertete Normschallpegeldifferenz $D_{n,w}$ ändert sich z.B. mit der Fläche eines Elementes, d.h. bei doppelter Länge eines Rolladenkastens oder Lüftungselementes ist $D_{n,w}$ um 3 dB niedriger. Somit ist $D_{n,w}$ nicht zur Beschreibung der Schalldämmeigenschaften eines Systems oder einer Konstruktion geeignet.

A_0 Bezugsabsorptionsfläche 10 m^2

S Prüffläche in m^2

Ist das bewertete Schalldämm-Maß nicht auf die tatsächliche Prüffläche S , sondern auf eine willkürlich gewählte Fläche von $1,5$ oder $1,9 \text{ m}^2$ bezogen, so werden $R_{w(1,5)}$ bzw. $R_{w(1,9)}$ nach Gleichung (4a) auf das bewertete Schalldämm-Maß R_w umgerechnet:

$$R_w = R_{w(1,5 \text{ bzw. } 1,9)} + 10 \lg \frac{S}{1,5 \text{ bzw. } 1,9} \quad (4a)$$

| Allgemeines | Schallschutzklasse | Systemskizze | Hinweise für die Ausführung |
|---|--------------------|--|--|
| <p>Die zu erwartenden Bewegungen müssen ermittelt werden. Hierbei sind auch evtl. auftretende Verformungen und Durchbiegungen zu berücksichtigen. Zur Ermittlung des Anschlußsystems in Abhängigkeit dieser Beanspruchungen siehe [31].</p> <p>Die besonderen Abdichtungsmaßnahmen je nach Schallschutzklasse ergeben sich aus nebenstehenden Angaben. Bei Zargen- und Folienanschlüssen müssen die Einzelheiten speziell fixiert werden.</p> | 1 – 2 |  | <p>1 – Abdeckfolie (nur bei zweischaligem Wand-aufbau notwendig)</p> <p>2 – Dämmmaterial</p> <p>3 – Hinterfüllprofil*)</p> <p>4 – Dichtstoff*)</p> |
| | 3 |  | <p>1 – Abdeckfolie (nur bei zweischaligem Wand-aufbau notwendig)</p> <p>2 – Dämmmaterial</p> <p>3 – Hinterfüllprofil*)</p> <p>4 – Dichtstoff*)</p> |
| | 4 – 5 |  | <p>1 – Abdeckfolie (nur bei zweischaligem Wand-aufbau notwendig)</p> <p>2 – Dämmmaterial</p> <p>3 – Hinterfüllprofil*)</p> <p>4 – Dichtstoff*)</p> |

*) 3 und 4 auch notwendig, wenn besondere Rahmenbewegungen zu erwarten sind, siehe auch [31].

Bild 4. Baukörperanschlußausbildung unter Berücksichtigung der Schallschutzklasse

5.1 Lüftungseinrichtungen und -elemente [12; 14; 23]

5.1.1 Allgemeine Anforderungen und Eigenschaften

Folgende allgemeinen Anforderungen und Eigenschaften sollten berücksichtigt werden:

- möglichst geringe Eigengeräusentwicklung bei Geräten mit mechanischem Antrieb
- ausreichende Schalldämmung, siehe Abschnitt 5.1.2
- im geschlossenen Zustand dichtschießend (Bemessung nach DIN 18055)
- ausreichende Wärmedämmung
- Schutz gegen Schlagregen und Insekten
- Vermeidung von Zugerscheinungen
- gute Reinigungs- und Wartungsmöglichkeit
- ausreichende Lüftungsleistung (Bemessung und Prüfung nach DIN 1946)
- Filterungsmöglichkeit (Staub, Geruch) der Zuluft

5.1.2 Konstruktionssysteme und Schalldämmung

In Tabelle 4 sind drei Systemgruppen mit bewerteten Normschallpegeldifferenzen $D_{n,w}$ und bewerteten Schalldämm-Maßen R_w aufgeführt. Höhere Schalldämm-Maße sind möglich. Welche Schalldämm-Maße im Einzelfall erreicht werden, ist durch eine Messung nach DIN 52210 im Prüfstand mit betriebsfertig eingebautem System nachzuweisen.

5.1.3 Prüfflächen und Prüfbedingungen

Als Prüffläche für Lüftungseinrichtungen sollte jeweils die lichte Rohbauöffnung des Prüfstandes verwendet werden, die für die Prüfung des Prüfgegenstandes mit bestimmungsgemäßer Funktion benötigt wird¹⁾. Die Größe dieser Fläche ist im Prüfzeugnis eindeutig anzugeben.

5.1.4 Einbau der Elemente

Der Einbau der Lüftungseinrichtungen und -elemente hat nach Abschnitt 4 oder den Empfehlungen des Herstellers zu erfolgen.

¹⁾ Die Prüfung des Luftvolumenstromes hat unter den gleichen Bedingungen wie die Schalldämmungsmessungen zu erfolgen.

Tabelle 4. Bewertete Normschallpegeldifferenzen $D_{n,w}$ bzw. bewertete Schalldämm-Maße R_w von Lüftungselementen im betriebsfertigen (geöffneten) Zustand. Höhere Schalldämm-Maße sind möglich

| Bauart | Bewertetes Schalldämm-Maß R_w dB | Bewertete Normschallpegeldifferenz $D_{n,w}$ ^{*)} einer Lüftungseinrichtung mit 0,1 m ² großer Querschnittsfläche (Prüffläche), gemessen im geöffneten Zustand dB | Bemerkungen |
|--|---------------------------------------|--|--|
| Kleine Baueinheiten In Blend- und Flügelrahmen sowie auch in angrenzenden Bauteilen Lichte Höhe der Einbauöffnung ≤ 20 mm | 0 bis 10 | 20 bis 30 | Die äußeren Öffnungen sind schlagregen- und schiebewassersicher zu gestalten. Mechanische Antriebssysteme sind in der Regel nicht vorhanden. |
| Mittlere Baueinheiten In Blend- und Flügelrahmen sowie getrennt vom Fenster im Sturz-, Brüstungs- oder auch Laibungsbereich Lichte Höhe der Einbauöffnung 50 bis 150 mm | 15 bis 25 | 35 bis 45 | Es handelt sich um Baueinheiten mit schallabsorbierenden Maßnahmen. Die Luftvolumenströme sind über Verstellmechanismen regulierbar. Außen sind Abdeckungen und Gitter montiert. Die Geräte werden ohne und mit mechanischem Antrieb geliefert. |
| Große Baueinheiten In der Regel unabhängig vom Fenster in der Brüstung, im Sturz oder auch in der seitlichen Laibung Lichte Höhe der Einbauöffnung 150 bis 300 mm | 20 bis 35 | 40 bis 55 | Es handelt sich um Baueinheiten mit Schallabsorptionsflächen. Die Luftvolumenströme sind über Verstellmechanismen regulierbar. Außen sind Abdeckungen und Gitter montiert. Die Geräte haben in der Regel einen mechanischen Antrieb. |

^{*)} Siehe dazu Anmerkung zu $D_{n,w}$ in Abschnitt 5.

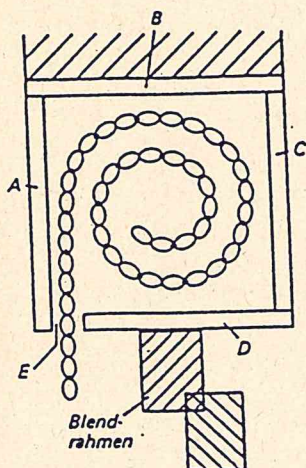


Bild 5. Prinzipielle Darstellung der Bauteile eines Rolladenkastens

- A Außenseite Schürze oder Verkleidung
- B oberer Abschluß
- C Raumseitiger Deckel oder Verkleidung
- D unterer waagerechter Abschluß am Blendrahmen
- E Rolladenpanzer auslaß-Schlitz

5.2 Rolladenkästen [14; 18; 20; 28; 38; 39; 40]

5.2.1 Allgemeine Hinweise

Rolladenkästen können entweder Bestandteil des Fensters oder des Mauerwerks sein, als Fertigkästen eingebaut oder durch Einmauern oder Einbetonieren hergestellt werden. Die Lage des Montagedeckels kann sich bauartbedingt an den Stellen A, C oder D von Bild 5 befinden.

5.2.2 Schalldämm-Maße

In Tabelle 5 sind die nach DIN 4109²⁾ erreichbaren Schalldämm-Maße R_w von Rolladenkästen angegeben. Die mit einer speziellen Konstruktion tatsächlich erreichte Schalldämmung ist durch eine Messung im Labor nach DIN 52210 nachzuweisen.

²⁾ Ausgabe Oktober 1984 (Entwurf)

Tabelle 5. Ausführungsbeispiele für Rolladenkästen mit bewerteten Schalldämm-Maßen $R_w \geq 25$ dB nach DIN 4109

| <p>Systemvariante I¹) Montagedeckel innen</p> | | <p>Systemvariante II¹) Montagedeckel außen</p> | | <p>Innenschürze (C) oder Montagedeckel (D)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Bleche, Kunststoff- und Asbestzementplatten 2 Kunststoff-Stegdoppelplatten oder Holzwerkstoffplatten, Dicke ≥ 8 mm 3 wie 2, jedoch mit Blechauflage ($m'' \geq 8$ kg/m²) 4 Holzwerkstoffplatten, z.B. Spanplatten nach DIN 68763, Dicke ≥ 8 mm, mit erhöhter innerer Dämpfung 5 Putzträger (z.B. Holzwohle-Leichtbauplatte, Dicke ≥ 50 mm, mit ≥ 5 mm dickem Putz) 6 Platten aus Beton, Gasbeton, Ziegel oder Bims, Dicke ≥ 50 mm oder $m'' \geq 30$ kg/m² <p>Dichtung der Anschlußfuge (F)</p> <ol style="list-style-type: none"> 7 umlaufender Falz bzw. Nut 8 Schnapp- und Steckverbindungen mit Auflage am Kopfteil 9 zusätzliche Abdichtung aller Anschlußfugen mit Dichtstoffprofilen |
|---|----------------|--|--|--|
| Bewertetes Schalldämm-Maß R_w dB | Systemvariante | Innenschürze, Verkleidung oder Montagedeckel (C) | Unterer waagerechter Abschluß oder Montagedeckel (D) | Anschlußfuge (F) |
| ≥ 25 | I/II | 2, 3 oder 4 | 2, 3 oder 4 | 7 oder 8 |
| | | 5 oder 6 | | 7 |
| ≥ 30 | I/II | 2, 3 oder 4 | 2, 3 oder 4 | 8 oder 9 |
| | | 5 oder 6 | | 9 |
| ≥ 35 | I | 3 oder 6 | 3 oder 4 | 7 und 9 oder 8 und 9 |
| | II | 3, 4, 5 oder 6 | 1, 2, 3 oder 4 | |
| $\geq 40^2)$ | I | 3, 4, 5 oder 6 | 3 oder 4 | 7 und 9 oder 8 und 9 |
| | II | | 1, 2, 3 oder 4 | |

¹) An die Außenschürze (A) und den oberen Abschluß (B) des Rolladenkastens werden keine besonderen Anforderungen gestellt. Die Breite des Auslaß-Schlitzes (E) – Öffnung abzüglich des Panzers – muß ≤ 10 mm betragen.

²) Bei Rolladenkästen mit einem bewerteten Schalldämm-Maß ≥ 40 dB ist an einer oder mehreren Innenflächen schallabsorbierendes Material (z.B. Mineralfaserplatten, Dicke ≥ 20 mm) anzubringen.